

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Sonntag, 13. September 1936

Nr. 214

Regierung ergreift Initiative zur Wirtschaftsbelebung

Ministerpräsident Dr. Hodža kündigt Maßnahmen zur Exportförderung und Wirtschaftshilfe für die Krisengebiete an

Ministerpräsident Dr. Milan Hodža berief Samstag, den 12. September die Redakteure der Prager Tageszeitungen zu sich. In seiner Unterhaltung mit ihnen, berührte der Ministerpräsident einige grundlegende Probleme, denen die Regierung bei ihrer Arbeit in der allernächsten Zeit ihre besondere Aufmerksamkeit schenken wird. Die Unterredung betraf ausschließlich wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen.

Der Ministerpräsident verwies vor allem auf die fortschreitende Entwicklung unserer Bemühung um eine wirtschaftliche Belebung. Vor allem war es notwendig, sich um eine Belebung auf dem Binnenmarkt zu bemühen, das bedeutete praktisch, die Konsumfähigkeit der Bevölkerung zu heben. Ein bescheidener Anfang in dieser Richtung war die Errichtung des Getreidemonopols, das die Kaufkraft von ungefähr 35 Prozent der Bevölkerung hob. Eine weitere Phase dieser Bemühung war die Durchführung von öffentlichen Investitionen und die Erneuerung des Vertrauens des privaten Unternehmertums durch eine Reihe gesetzgeberischer und administrativer Maßnahmen allgemeinen Charakters. Diese Bemühungen waren bis zu einem bedeutendem Maße von Erfolg begleitet. Die Wirtschaftsbelebung schreitet fort, wie auch aus dem Faktum zu entnehmen ist, daß die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Punkt der letzten vier Jahre gefallen ist.

Jetzt treten wir in eine weitere Phase einer konstruktiven Industriepolitik, wo man von konkreten Maßnahmen sprechen kann. Es geht um die Ausfuhr. Nach Verhandlungen mit den Interessenten sind wir nicht nur zu einer Einigung, sondern auch zu deren Durchführung gelangt.

Für die Belebung der Ausfuhr haben wir die Form der Refundierung der Handelssteuern gewählt.

Und dies aus dem Grunde, weil die Steuerbelastung unserer Industrie relativ und auch absolut größer ist als in den Ländern, mit denen Konkurrenz wir uns auf den Auslandsmärkten treffen.

Es ist unsere Pflicht, unsere Exportindustrie um jenen Teil der Steuerbelastung zu befreien, um welchen die Steuerbelastung bei uns das Auslandsniveau übersteigt. In dieser Angelegenheit ist bereits ein engeres Sachkomitee tätig, welches von der Regierung genehmigte Richtlinien bearbeitet. Nach diesem wird ein weiteres Komitee an die Arbeit gehen, welches diese Richtlinien durchführen wird, und zwar schon vom 1. Oktober an. Es wird dies eine ausgiebige Hilfe sein, welche günstige Ergebnisse nicht nur für die weitere wirtschaftliche Belebung, sondern auch in sozialer Hinsicht bringen wird. Diese unsere Maßnahmen kann auch nicht im Entferntesten als irgendwelche Verletzung der internationalen Wirtschaftssolidität angesehen werden, weil sie

nicht den Rahmen normaler Vorkehrungen übersteigt.

Eine besondere Aufmerksamkeit müssen wir der Ausfuhr in die Agrarländer der Kleinen Entente und des Donaugebietes widmen. In dieser Hinsicht ist es gelungen, nach längeren Vorbereitungen mit den Repräsentanten von Industrie- und Finanzgruppen

eine wirtschaftliche Zentrale für jene Unternehmungen zu organisieren, die sich durch Erzeugung oder Kapital an Unternehmungen, vor allem in Rumänien und Jugoslawien, beteiligen wollen.

Die Errichtung einer wirtschaftlichen Zentrale der Kleinen Entente in Prag bedeutet praktisch die Erweiterung der handelspolitischen Basis mit den Ländern der Kleinen Entente. Unsere Beteiligung in Jugoslawien und Rumänien wird uns instandsetzen, eine Reihe von industriellen Rohstoffen zu finden, die wir zu uns einführen können. Und um diese Einfuhr werden sich unsere Handelsbeziehungen mit den Freunden von der Kleinen Entente erweitern.

Die bloße Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen kann nicht dauernd die Handelsgrundlage sein, auf die wir unsere Verbindung mit den Ländern der Kleinen Entente und den Donauländern stellen wollen, weil die Konsumkapazität von landwirtschaftlichen Erzeugnissen natürlich begrenzt ist. Die erwähnte wirtschaftliche Zentrale wird ihre Tätigkeit am Anfang des nächsten Monats beginnen. Sowohl die beteiligten Industrie- und Finanzgruppen, wie auch die führenden Persönlichkeiten dieser Institution bieten die Gewähr, daß diese Wirtschaftszentrale imstande sein wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren Freunden zu vertiefen. Ihre Sendung wird es auch sein, die Einfuhr von Industriehochstoffen zu regulieren und aus diesem Gebiete zufällige und rein spekulative Eingriffe zu entfernen. Mit dieser Initiative wie auch der Errichtung einer handelspolitischen Grundlage für die Besserung der Beziehungen zwischen den Ländern der Kleinen Entente und anderen Ländern, vor allem den Staaten des Römischen Protokolls und selbstverständlich auch mit Deutschland, wird sich die Prager Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente beschäftigen.

Aus diesen Maßnahmen und Vorbereitungen wird klar, daß die Regierungsinitiative zur Steigerung der Ausfuhr auch

günstige Folgen für die regionalen Wirtschaftsinteressen im ganzen Staate

haben wird. Darum ist die Regierung bewußt bemüht und darum hat sie auch beim Ministerpräsidentium eine Beratungskörperschaft auf regionaler Basis errichtet, deren Mitglieder in allernächster Zeit auf Grundlage der Vorschläge der Landespräsidenten ernannt werden. Dieser Körperschaft, die sich bereits in diesem Monat konstituieren wird, fällt die Aufgabe zu, die Bedürfnisse der einzelnen Gebiete (Karpatenhochland, Slowakei, Südböhmen, Nord- und Westböhmen) im Rahmen des großen Regierungsinvestitionsplanes zur Geltung zu bringen und durch ihre Anträge zu einer proportionalen Verteilung der Investitionen zwischen allen Gebieten des Staates hinzuwirken. Auf diese Weise wird auch der Parlamentaresolution entsprochen werden, die bei der Annahme der Staatsverteidigungsanleihe gesetzt wurde.

Die Sorge um die Ausfuhr ist auch die erste

aktiven Devisenpolitik, für die wir eine ganze Reihe von Wegen und Mitteln haben. (neue und erhöhte Exporte, wie z. B.

Juder, Weizen), die Beiträge zu einer aktiven Devisenwirtschaft sein werden. Gleichzeitig müssen wir allerdings im Rahmen dieser aktiven Devisenpolitik unseren Verbrauch an Rohstoffen regulieren und uns bemühen, einige unserer Handelsverträge zu verbessern, die den Bedürfnissen unserer aktiven Devisenpolitik nicht entsprechen. Der technologische Fortschritt wird uns die Erzeugung von Waren aus einheimischen Rohstoffen in größerem Maße als bisher ermöglichen. Mangel an Devisenvorräten brauchen wir nicht zu fürchten, denn die Regierung hat bereits Wege gefunden, wie dem zu begegnen ist, falls er ernstlich drohen sollte.

Der Ministerpräsident widmete den weiteren Teil seiner Unterredung dem Staatsbudget, von dem er erklärte, daß es innerhalb der Regierung in sehr kurzer Zeit verhandelt werden wird. Das Budget wird in realen, nicht bloß formalem Gleichgewicht sein. Der erhöhte Steuerertrag im heurigen Jahr, der sich bis zu den letzten Tagen stabilisierte, berechtigt uns, daran fest zu glauben. Neben dem ordentlichen administrativen Budget wird die Regierung diesmal dem Parla-

ment ein besonderes

Evidenzbudget der öffentlichen Bauten und Einrichtungen auf drei Jahre im Gesamtbetrag von 15 Milliarden

vorlegen. Der Zweck dieses Budgets ist, die unabweislich verpflichtende Durchführung bestimmter Investitionen in einer bestimmten Zeit bis zu einer bestimmten Höhe sicherzustellen. Damit werden wir auf dem bewährten Wege der öffentlichen Investitionen mit Bedacht und systematisch vorwärtschreiten. Das Evidenzbudget der öffentlichen Bauten und Einrichtungen wird zu einem kleinen Teile aus den Mitteln des ordentlichen Budgets, der Staatsunternehmungen und Fonds, hauptsächlich aber aus dem Ertrag der Verteidigungsanleihe dotiert werden.

Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß die Regierung besonderen Nachdruck auf die Verbesserung des

Fliegerwesens und des Motorismus

setze. Das Flugwesen hat bei uns besonders günstige Vorbedingungen für eine mächtige Entfaltung, sowohl in der technischen Seite als auch in dem Charakter unserer Bevölkerung, welcher Nationalität sie immer ist. Die Regierung hat die Pflicht, diese günstigen Umstände voll auszunützen. Was den Motorismus betrifft, so erachtet die Regierung nicht für ausreichend und sie wird in der Zukunft weitere für die Entwicklung des Motorismus notwendige Maßnahmen treffen. So wird die Regierung vor allem darauf beharren, daß jetzt die Treibstoffverteuerung wieder gutgemacht werde.

Im Zusammenhange damit bemerkte der Ministerpräsident, daß die Regierung auch anderswo

keinerlei unbegründete Verteuerung zulassen

und alle ihre Macht anwenden werde, um sie zu verhindern. Sie ist darauf vorbereitet, die Preisverhältnisse auch in jenen Bereichen zu überprüfen, wo das Steigen der Preise der Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit entgangen ist, wie z. B. bei einigen facheilerten Artikeln.

Zum Schluß betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit und Bedeutung der Zusammenarbeit von Presse und Regierung zur Erreichung der angeführten Ziele.

Regierungshilfe für die Wirtschaft

Die Mitteilungen, die der Herr Ministerpräsident gestern den Vertretern der Prager Tageszeitungen gemacht hat, werden das Interesse der gesamten Bevölkerung, insbesondere aber der sudetendeutschen Bevölkerung finden.

Dies betrifft vor allem das, was der Regierungschef über die Notwendigkeit von Wirtschaftsmassnahmen für die industriellen Notstandsgebiete gesagt hat. Der Ministerpräsident hat ausdrücklich bemerkt, daß bei der Entschließung, welche das Parlament anlässlich der Verhandlung der Wehranleihe angenommen hat und die besagt, daß bei Investitionen, die aus dem Ertrag der Wehranleihe erfolgen, die Krisengebiete besonders berücksichtigt werden sollen, vor allem an Nord- und Westböhmen gedacht wurde. Um die Notstandsgebiete entsprechend zu berücksichtigen, wird beim Ministerpräsidentium ein „Egionales Institut“ eingesetzt, welches die Regierung bei den vorzunehmenden Investitionen beraten wird. So wird die Möglichkeit gegeben sein, in diesem Regionalausschuß für die Berücksichtigung der sudetendeutschen Notstandsgebiete einzutreten.

Wir haben schon seinerzeit in einer Reihe von Aufsätzen nachdrücklich betont, daß die energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den deutschen Industriegebieten ohne eine nachhaltige Exportbelebung nicht möglich ist. Der Export des Exportes will nun die Regierung, wie der Ministerpräsident ausführte, ihre Aufmerksamkeit zuwenden und die Konsumfähigkeit unserer Exportindustrie dadurch heben, daß ihre Handelssteuern (wie die Umsatzsteuer) refundiert werden. Das wird der typisch sudetendeutschen Exportindustrie die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Auslande erleichtern. Auch was der Ministerpräsident über die Verdrängung der Beziehungen zur Kleinen Entente gesagt hat (größere Rohstoffbezüge aus Rumänien und Jugoslawien und im Kompensationswege dafür stärkerer industrieller Export) kann der industriellen Belebung und damit der Wiedereinstellung von Arbeitslosen dienen.

Gleichfalls bedeutsam für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den von der Krise meist betroffenen Gebieten, wird das große Investitionsbudget sein, auf Grund dessen innerhalb der nächsten drei Jahre für 15 Milliarden Kč Investitionen vorgenommen werden sollen. Das wird neuer mit Hilfe der Mittel geschehen, die man aus der Wehranleihe gewonnen hat und beachtlich ist die Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß es sich hierbei nicht nur um den Anlauf von Munition und Kanonen, sondern um Straßen- und Brückenbauten, sowie um die Förderung bestimmter Industrien handelt.

Die Initiative, die die Regierung entfaltet, ist lebhaft zu begrüßen. Der Ministerpräsident sagte, daß sich die Regierung im Herbst vor allem mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen will. Das ist es auch, was die Bevölkerung von der Regierung, vom Parlament und von der Verwaltung erwartet. Die Aufgaben des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten sollen erfüllt werden und es muß nun mit Energie daran gegangen werden, die geplanten Maßnahmen rasch zu verwirklichen. Diese Maßnahmen sind ein Ergebnis der Arbeit unserer Partei ebenso wie jener der übrigen sozialistischen Parteien der Koalition. Wir haben in einer Anzahl von Kundgebungen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, auf die besonderen Bedürfnisse des sudetendeutschen Grenzgebietes aufmerksam gemacht, alle Stellen unserer Partei haben mit der größten Energie Hilfe verlangt. Wenn nun die Gesamtregierung durch den Mund des Ministerpräsidenten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringt, ihre ganze Kraft der Wiederebelebung der Wirtschaft und damit dem Abbau der Arbeitslosigkeit zu widmen, dann erhebt daraus die Bevölkerung, daß die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung nicht nur vieles verhindert, sondern greifbare Ergebnisse zeitigt und was insbesondere die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie für das Sudetendeutschum bedeutet — daß diese Arbeit fruchtbarer ist als alle Sonntagspredigen und Auslandsausflüge Senkens.

Unsere Partei wird auch in der Regierung, in der Koalition und im Parlament sehr aufmerk-



Die Betriebswahlen in Osterreich plumper Schwindel

Vom 1. Oktober bis 31. Dezember sollen, wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, in Osterreich Wahlen der Betriebsvertrauensmänner stattfinden. Was für ein Schwindel diese Wahlen sein werden, geht daraus hervor, daß wahlberechtigt diejenigen nicht sind, welche wegen „staats- oder regierungsfeindlicher Betätigung“ zu einer Polizeistrafe oder nur zur Anhaltung in einem Konzentrationslager verurteilt wurden. Das bedeutet, daß zehntausende der besten Arbeiter und Angestellten, das gerade die mutigsten und charaktervollsten Arbeiter, die wegen ihres mannhaften Eintretens für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und Angestellten von der Polizei verurteilt wurden, vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind. Außerdem wird aber nur eine Kandidatenliste aufgestellt, und zwar von den bisherigen ernannten Vertrauensmännern. Die Wahlen werden also gar keinen Wert haben und dienen nur dazu, die Welt zu täuschen.

sam verfolgen, daß die Belebung des Exportes und die öffentlichen Investitionen für die deutschen industriellen Notstandsgebiete von durchgreifender Wirkung werden. Wir werden dabei auch nicht vergessen an die Arbeiter, die noch keine Arbeit gefunden haben und die weiter am Leben erhalten werden müssen. So wie im vorigen Winter außerordentliche Hilfe notwendig war — so muß sie auch heuer wieder gewährt werden.

Die Regierung hat, wie die Worte des Ministerpräsidenten erweisen, mit Entschlossenheit den ersten Schritt auf dem Wege einer großzügigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der Wiederbelebung unserer gesamten Wirtschaft getan. Der Weg muß rasch beschritten werden, damit jene Tausende, die jahrelang in Elend und Verzweiflung verbracht haben, endlich einmal bessere Tage sehen!

Empfang in Topolčianky

Die drei Außenminister beim Präsidenten

Topolčianky. Samstag um 11 Uhr 20 trafen im hiesigen Schloß der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinović und der rumänische Außenminister Antonescu zu einem Besuch beim Präsidenten Dr. Beneš ein. Die Gäste waren in der Grenzstation Parkán von einer Ehrenrotte des dortigen Grenzgärbataillons begrüßt worden und bildeten auch in den weiteren Stationen, durch die der Zug fuhr, den Gegenstand lebhafter Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Beim Hauptingang zum Schloß in Topolčianky wurden die Gäste vom Außenminister Dr. Krofta, Kanzler Dr. Samal und anderen hohen Beamten begrüßt. Als die Gäste den Autos entstiegen waren, kam ihnen über die Schloßstiege Präsident Dr. Beneš entgegen und begrüßte sie. Später hatte der Präsident mit beiden Staatsmännern getrennte Gespräche, die je eine halbe Stunde dauerten. Nach dem Dejeuner lud der Präsident alle drei Außenminister zu einer längeren Besprechung ein. Hierbei dankte Ministerpräsident Dr. Stojadinović dem Präsidenten dafür, daß er es den Leitern der Außenpolitik der drei verbündeten Länder ermöglichte, seine Ansichten über die im Vordergrund der heutigen internationalen Debatten stehenden Angelegenheiten kennen zu lernen. Dieser Meinungsaustausch sei um so wertvoller, als Präsident Dr. Beneš die schwebenden Fragen der heutigen internationalen Politik von

dem Gesichtspunkt aus betrachte, der durch seine langjährige Tätigkeit und durch seine reichen Erfahrungen auf diesem Gebiete gegeben ist. Um 16 Uhr 11 fuhren die Außenminister der Kleinen Entente mit ihren Suiten im Sonderzug nach Preßburg, wo Sonntag die Konferenz des Ständigen Rates der Kleinen Entente beginnt.

Der Sonderzug traf um halb 8 Uhr abends auf dem Bahnhof in Preßburg ein. Durch das Spalier der Bevölkerung fuhr die Automobilen mit den Gästen zum Hotel „Carlton“, wo die offizielle Begrüßung stattfand. Die Stadt ist festlich geschmückt und illuminiert.

Ministerpräsident Dr. Šodža ist Samstag nachmittags aus Prag nach der Slowakei abgereist. Er wird Sonntag in Topolčianky vom Präsidenten der Republik empfangen werden und sich sodann ebenfalls nach Preßburg zur Konferenz der Kleinen Entente begeben.

Montag vormittags wird der Vorsitzende der Regierung Dr. Šodža mit dem Ministerpräsidenten Stojadinović und dem rumänischen Außenminister Antonescu im Weisem des Außenministers Dr. Krofta über eine Reihe handelspolitischer Fragen, welche die Wirtschaftspolitik der Kleinen Entente betreffen, Beratungen abhalten.

sei hierbei daran erinnert, daß der Völkervertrag am 10. Dezember 1934, nach der Ermordung des Königs Alexander von Jugoslawien und des französischen Außenministers Barthou, geprüft hat, wie sich die Regierungen gegenüber der Vorbereitung terroristischer Akte gegen Mitglieder anderer Regierungen auf ihrem Territorium zu verhalten haben. Im Verlauf dieser Tagung des Rates wurde anerkannt, daß die Mitglieder des Völkervertrages zu gegenseitiger Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus verpflichtet sind, und die Mitglieder des Rates erklärten es für wünschenswert, daß zu diesem Zwecke eine internationale Konvention geschlossen werde. Die Sowjetregierung hofft, daß die norwegische Regierung nicht verfehlen wird, die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um Trocki des Rechts zu berauben, künftighin auf norwegischem Gebiet Obdach zu behalten.

„Note Fahne“, Prag, Organ der Kommunistischen Partei:

„Für die aktiven Freunde des Gestapo-Agenten und Terroristenführers Trocki kann es kein Asyl geben in der Tschechoslowakei. Für Leute, die einer Organisation angehören, die Morde an Staatsmännern organisiert, darf es keinen Platz in der ČSR geben. Hinaus mit dem Trocki-Agenten Pfemfert aus der Tschechoslowakei!“

In Deutschland für Irredenta geschult

Mähr.-Odrau. Freitag und Samstag fand vor einem Strafsenat des Kreisgerichtes in Mährisch-Odrau eine Verhandlung gegen fünf junge Deutsche, größtenteils Studenten und Söhne vermöglicher Eltern, statt, welche in den vorjährigen Ferien in dem bekannten Institut Vobehaus in Deutschland geweilt hatten, wo sie mit der dortigen Organisation in Verbindung traten, welche irredentistische Ziele verfolgt. Den politischen Verbrechen zufolge, werden in Vobehaus „verlässliche“ Auslandsdeutsche, die der jungen Intelligenz angehören, zu irredentistischen Handlungen in ihren Staaten erzo-gen. Alle Angeklagten wurden wegen Uebertretung nach §§ 17 und 29 des Schulgesetzbuchs verurteilt, u. zw. zu strengem Arrest von sechs Wochen bis zu drei Monaten und zu Geldstrafen. Die Verurteilung ist in allen Fällen eine unbedingte. Auch ein Schüler der deutschen Realschule in Mähr.-Odrau wurde bedingt zu sechs Wochen Verschließung verurteilt. Alle Angeklagten haben ihre Strafen bereits durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Bei den Verhandlungen am Freitag wurde auf dem Gange des Kreisgerichtes der deutsche Rechtsanwalt Janitschek verhaftet, weil er sich über das Gericht in ungebührlicher Weise geäußert hatte. Er wurde in Untersuchungshaft belassen.

Der neue Vorstand der Revisionsabteilung des Finanzministeriums, Ministerialrat Fr. Bihoda, hat sein Amt bereits angetreten. Sein Vorgänger, Sektionschef Robotny, hat einen Urlaub angetreten, der bis Ende Jänner 1937 währen und von dem er nicht mehr in den aktiven Dienst zurückkehren wird. Beide, sowohl Ministerialrat Bihoda als auch Sektionschef Robotny, gehören der tschechischen Agrarpartei an.

Weltere Aufrüstung Italiens

Rom. Mussolini hat dem Ministerrat Mitteilung über die Höhe der für die Wehrmacht bereitgestellten außerordentlichen Mittel gemacht. In der amtlichen Mitteilung hierüber wird lebhaft angegeben, daß die bereitgestellten Beiträge es ermöglichen, „die militärischen Vorbereitungen und Notwendigkeiten der internationalen Lage anzupassen und sie in einem Zeitabschnitt durchzuführen“. Schließlich gab Mussolini dem Ministerrat bekannt, daß die Politik der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, besonders in bezug auf die für die Wehrmacht notwendigen Rohstoffe, bereits bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt habe und mit äußerstem Nachdruck fortgesetzt werden soll.

Die vom Ministerrat beschlossene Errichtung eines Kolonialheeres, das an die Stelle der zur Zeit noch in Abessinien stehenden kriegsmächtigen Formationen treten soll, wird 60.000 Mann stark sein und 20.000 Weiße und 40.000 Farbige umfassen. Außerdem soll das ganze Arbeiterheer, das auf 150.000 Mann gebracht wird, nach dem Muster der faschistischen Miliz militärisch organisiert werden und eigene Uniform, sowie eigene Ausrüstung erhalten.

Gehaltskürzungen in Italien aufgehoben

Rom. Auf Beschluß des italienischen Ministerrates werden mit Wirkung vom 1. Oktober die Gehälter und Löhne der im Staatsdienst stehenden Beamten und Angestellten um acht Prozent erhöht. Gleichzeitig werden die Familien- und Feuerungszulagen, die im November 1930 um zwölf Prozent gekürzt worden waren, in der alten Höhe wiederhergestellt. Damit ist die Anpassung der Löhne und Gehälter, die in Italien in den letzten Monaten allen Arbeitern und Angestellten gewährt worden ist, auch auf die staatlichen Beamten und Angestellten ausgedehnt worden.

In Kürze:

Amsterdam. Die Ruffert-Faschisten veranstalteten in der Grenzproving Limburg ein Treffen, zu dem Teilnehmer aus allen Teilen des Landes zusammengeholt wurden. Ruffert kündigte in seiner Rede den Bürgerkrieg an.

Bukarest. Die antisemitische Bewegung steigert sich von Tag zu Tag. Es ist nicht zu sehen, daß sich unter der neuen Regierung darin etwas geändert hätte. Die faschistische Zeitung „Borinca Breinii“ bringt täglich nach nationalsozialistischem Muster Losungen wie „Rumänen, gebt nicht in jüdische Geschäfte! Gebt Euer Geld nicht zur Stärkung Israels her! Vosstoffiert die jüdische Presse! Kauft nur rumänische Ware!“

Moskau. Da die kanadische Regierung das Ein- und Ausfuhrverbot für sowjetische Waren beseitigt hat, hat nunmehr auch die Sowjetregierung das Verbot der Errichtung kanadischer Handelsvertretungen in der USSR sowie des Ankaufs kanadischer Waren und des Transports von Waren durch kanadische Dampfer aufgehoben.

London. Die Vermittlungsverhandlungen in dem Arbeitskonflikt im Kohlengebiet von Südwales sind bisher fehlgeschlagen. Eine Schlichtungskonferenz, die Mittwoch in London tagte, wurde nach siebenstündiger Beratung abgebrochen. Die Verhandlungen sollen am Samstag fortgesetzt werden.

Rom. (Stefani.) Der Führer der englischen Faschisten, Sir Oswald Mosley, ist zu kürzerem Aufenthalt in Rom eingetroffen.

Was ist Asylrecht?

1. Die Theorie

Beschluß des Asylrechtskongresses vom 20. und 21. Juni 1936 in Paris:

Art. 4. — Dem politischen Flüchtling darf der Grenzübergang nicht verweigert werden; er darf aus dem Land, in dem er Asyl gesucht hat, nicht ausgewiesen werden.

Art. 5. — Verlangen die Behörden des Landes, in dem der politische Flüchtling seinen Wohnsitz hatte, seine Auslieferung, so kann diese, gleichzeitig wie auch immer das Auslieferungsgesuch gestellt oder begründet sein mag, nur gewährt werden, wenn durch Gerichtsverfahren einwandfrei ist, daß die Auslieferung nicht wegen der politischen Tätigkeit des Flüchtlings und wegen damit verbundener Vorgänge erschwert wird.

Begründung:

Der Art. 4. stellt das Kernstück der Asylrechtsgewährung dar. Er sieht die obligatorische Zulassung des politischen Flüchtlings im Landesgebiet vor und enthält gleichzeitig ein Auslieferungungsverbot.

Die Pflicht der Asylgewährung wäre ein *lex res* Verbot, wenn sie nicht die Pflicht für den Staat einschließt, den asylsuchenden Flüchtling in das Land aufzunehmen. Bisher hat nur die Verfassung der Sowjetunion das Prinzip des Asylrechtes für ihr Gebiet festgelegt. (Art. 12 der sowjetrussischen Verfassung, Art. 129 des Entwurfs einer neuen Verfassung.)

Das Gegenstück zur Aufnahmepflicht stellt das Verbot der Ausweisung dar. Dabei ist es notwendig, keine auch noch so kleine gesetzliche Sinterklappe für administrative Ausweisungen zu lassen.

2. Die Praxis

Note der UdSSR an Norwegen:

„Indem sie alle die vorerwähnten Tatsachen zur Kenntnis der norwegischen Regierung bringt, nimmt die Sowjetregierung an, daß die Tatsache der weiteren Bewahrung eines Asyls an Trocki, den Organisator dieser terroristischen Akte, den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Norwegen Schaden zufügen könnte und gegen die moderne Auffassung nor-maler internationaler Beziehungen verstieße. Es

Tommy Barbox macht Revolution

Roman von Fritz Bondy

„Na ja, mir ist das ja schließlich gleich. Wir haben andere Sorgen, denke ich.“

Der Konjul erinnerte sich auch, daß er eigentlich ein politisches und kein amouröses Abenteuer vor sich hatte. Mit einem verlegenen Räuspfern schob er die Gedanken an Pulvia und an seine Nebenbuhler beiseite.

„Und wie ist das ausgefallen?“
„Gestern gar nicht. Sind beide während dem vorgelassen. Ich dachte, bis heute wäre das wieder in Ordnung. Aber da treffe ich heute im Theater Donamaria. Er zieht mich in eine Ecke. Er habe es sich überlegt; mit Martinez könne er nicht zusammen arbeiten. Das müßte ich einsehen.“

„Hat doch gar nichts mit ihm zu tun!“
„Das sagte ich ihm auch. Er wird Präsident, und Martinez fährt weg, mehr könne er doch nicht verlangen. Aber da ist noch etwas anderes. Das habe ich auch aus ihm herausgeholt. Er war heute beim Präsidenten gewesen. Und Rodriguez scheint Andeutungen gemacht zu haben, als ob er etwas ahnte. Kann mir zwar nicht recht vorstellen, wo er es herhaben könnte. Aber Donamaria war noch ganz blaß und grün.“

„Ihr Präsidenschaftskandidat“, meinte Mit-Gie höhnisch.

„Ein energischer wäre Ihnen ja auch nicht recht gewesen. Sie können sich gar keinen bequemeren wünschen, als den Abdolaten.“

„Das müßte der Konjul einräumen. Sie gingen eine Weile auf und ab.“

„Und was jetzt“, fragte Barbox.
Der Konjul blieb stehen.

„Ja, was jetzt?“
Der Mond grinste messingsfarben wie schon so oft auf die diplomatische Hilfslosigkeit hinunter. Tommy Barbox stöhnte.

„Und alles ist so gut vorbereitet: Meine ersten Berichte sind schon fertig. Revolution in Romanuela! Volk empört sich gegen Diktator! Verdächtige Eingeborene schreiten zu Selbsthilfen! Das sind nur ein paar Schlagzeilen. Ich habe Einzelheiten! Erstklassig! Von Greisen und Krüppeln, die sich begeistert am Sturm auf das Regierungsgebäude beteiligen.“

Der Reporter vergaß, daß sein Plan eben mihlingen wollte, und berauschte sich schnell ein wenig an den Greisen und Krüppeln seiner Phantasie. Aber der Konjul blieb nüchtern.

„Sehen Sie zu, daß Sie spätestens übermorgen Ihre Revolution unter Dach haben. Jetzt haben Sie mich so weit gebracht, daß ich Ihnen die Kanonenboote verschaffe, die könnten morgen früh da sein. Wenn Sie mich jetzt im Stich lassen, wird eine Wamagie der Regierung daraus. Und nun muß ich hinein, es könnte auffallen, wenn ich solange draußen bleibe. Also denken Sie daran! Spätestens übermorgen.“

Tommy Barbox blieb allein. Er lehnte sich an eine der schönen, schlanken Säulen, die noch aus der Spantzeit herüberragten; er war augenblicklich nicht geneigt, den Säulen irgendwelche Beachtung zu schenken. Auch die Palmen sah er nicht, die ihre zackigen Blätter schwarz vor dem Sternenhimmel spreizten. Und seine Reportername, die sich sonst überallhin drängte, blieb gegen den betäubenden Duft des Gartens unempfindlich.

Vergeßlich zermarterte er den oft so erfindlichen Schädel. Die Lage war schlimm. Donamaria lieb ihn siken. Wo nahm er schnell einen andern her, der an die Spitze des Staates treten wollte? Ihm wäre es ja gleich gewesen, wer das unternahm. Seinetwegen auch der unsichere Ribadeneira junior. Aber das ging doch nicht gut. Und im Hafen lag seit heute morgen der „Prä-

sident Harding“ mit den zweihundert Revolutionären. Es waren nicht durchwegs bequeme Elemente, und die Mannschaft hatte genug zu tun, sie im Jaum zu halten, sonst wären sie gleich nach der Ankunft ausgebrochen.

Auch die vierzig Indios waren da, die Martinez auf seinen entlegenen Farmen aufgetrieben hatte. Das alles ließ sich ja nicht lange geheimhalten.

Tommy wollte sich den Schweiß von der sorgenschweren Stirn wischen, zog aber versehten sich ein großes Blatt Papier hervor. Ach ja, das war doch die Proklamation Donamarias an sein Volk. Tommy beschah wehmütig das Blatt. Das war in langen Besprechungen mit dem Abdolaten entstanden und nahm sich großartig aus. „Mitbürger!“ stand darüber. „Durch Euren Willen zum höchsten Amt des Staates berufen“ begann es prunkvoll. Und dann kamen die Versprechungen. „Aus den Reiten der Diktatur zur Freiheit!“ schloß es. Ein schönes Wort; das mußte man Donamaria zugestehen. Dann allerdings kamen verbindliche, weniger emphatische, aber nicht weniger wichtige Punkte. Es wurde, vorübergehend natürlich, das Kriegsrecht proklamiert. Jede Zusammenrottung war streng verboten. Verleumdungen oder aufrührerische Reden oder gar Handlungen gegen die neue Regierung waren selbstverständlich auch verboten. Nach sieben Uhr abend durfte niemand die Straße betreten. Und am Ende jedes dieser inhaltreichen Punkte stand immer etwas vom Erschießen.

Tommy grinst verächtlich. Dieser Donamaria war wirklich der geeignete Mann. Das war seine Staatskunst. Phrasen und Erschießen. Nicht ganz neu schließlich, aber immer wirksam. Tommy fühlte etwas wie Sympathie für Rodriguez aufstauen. Schade! Doch ein anderes Format! Wenn er sich nicht so hartköpfig gezeigt hätte, könnte er ruhig bis an sein Lebensende Romanuela regieren. Und Montfort hätte Tommy anderswohin geschickt. Das war dem Reporter ziemlich gleichgültig.

Aber was wurde jetzt? Tommy zerknüllte wütend Donamarias Manifest. Nicht einmal zum Schweißabwischen taugte es. Er hob die Hand, um es wegzuworfen, aber dann besann er sich und steckte es doch lieber in die Tasche.

XV.

Tommy lehnte noch immer verzweifelt im Dunkel der schönen, kühlen Säule und wartete auf eine jener Eingebungen, die ihn schon manchmal aus ähnlichen Lagen gerettet hatten.

Ein leichtes Knirschen ließ ihn aufhorchen. So niederstehend konnte kein Ereignis auf seinen Aktualitätshunger wirken, daß er nicht sein rechtes Ohr für die Umwelt bewahrt hätte. Er sah ein weißes Kleid über den Kies huschen und hinter dem Kamelienstrauch am Ende des Bogenganges verschwinden. Für den Augenblick vergaß er, daß die Revolution auf dem Spiel stand, daß die Verletzung Romanuelas gefährdet war, ja sogar daß die Montfortpreß spätestens übermorgen mit dem Druck seiner Artikel beginnen wollte, die den Verlauf jener Revolution schilderten, an der selbst Greise und Krüppel einen so erhebenden Anteil nahmen. Tommy schlich an der Wand des Bogenganges entlang, bis er in die Nähe des Kamelienstrauches kam. Er hörte Stimmen flüstern, konnte aber zuerst die Worte nicht verstehen; nur daß es eine weibliche und eine männliche Stimme war, wobei er sich so nahe herankam, wie es der messingsfarbene Mond erlaubte, und da gelang es ihm, manche Gesprächsfetzen zu erfassen.

„Für immer“, fragte der Mann.

„Für immer“, antwortete die Frau. Dann gab es eine inhaltschwere Pause.

„Ich muß jetzt gehn, man könnte aufmerksamer werden“, flüsterte die Frau.

„Geh, ich komme fünf Minuten nach dir durch das Haus.“

(Fortsetzung folgt)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Das Blättersterben in der SdP beginnt

Zur Pleite des „Heimatruf“

Es Herbstet in der SdP. Die Blätter beginnen zu fallen. Nach der Flut von Papier, mit der vor dem 19. Mai das ganze Grenzland überflutet wurde, ist es doppelt sinnfälliger, daß nach einhalb Jahren die SdP nicht einmal für die beiden Wahlkreise Pilsen—Budweis mit immerhin 400.000 deutschen Menschen ein bescheidenes Streifenblatt aufrecht erhalten kann. Von den 150.000 Wählern, die Konrad der Letzte dort in seiner Bonnezit müsterte, gibt es keine zweitausend weiteren mehr, die darauf neugierig wären, was der „Führer“ in dem Parteiwochenblatt verkündet. Also mußte der „Heimatruf“, kaum geboren, dieses irdische Jammertal wieder verlassen. Die Heimat Erde sei ihm leicht!

Wie der „Volkswille“ dazu erfährt, ist diese Maßnahme auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen, in die diese Zeitung geraten ist. Der im Spätherbst des Vorjahres vom Abgeordneten Dr. Köllner und Senator Franz gegründeten Zeitung standen anfangs hinreichende Geldmittel zur Verfügung, um in dem Gebiet von Marienbad bis Oberhaub mit Hilfe des Parteiapparats eine ganz erstaunliche Vertriebspropaganda zu entfalten. Das offizielle Organ des Bundes der Randvorteile in diesem Gebiete, die „Deutschen westböhmischen Stimmen“ in Plan, mußte seine eigene Herstellung aufgeben und als Kopfbild der „Randpost“ in Prag weiter erscheinen. In wenigen Wochen hatte der „Heimatruf“ eine über 8000 Exemplare hinausreichende Abonnentenaufgabe. Trotz dieses Vertriebsgeschäfts war die Zeitung von einem aus Rücksichtseuten bestehenden und aus jungen Parteimitgliedern zu reichlich besetzten Verwaltungsausschuss schwer belastet. Die Besitzer der Zeitung waren schon nach einigen Wochen außerstande, die Zeitung auf eigene Rechnung weiterzuführen, zumal auch das Anzeigengeschäft völlig versagte. Der Konflikt Dr. Wand—Köfler, der einen großen Teil der Parteimitglieder in den Kreisen Pilsen und Budweis in Opposition zur Hauptleitung und gegen den Kreisleiter Senator Franz führte, wirkte sich in vielen Abonnentenabbestellungen aus, die sich noch vermehren, als der „Heimatruf“ über die bekannten Vorfälle im Bezirke Plan nicht den Tatsachen entsprechend berichtete. Die Auflagenverminderung und eine steigende Druckkostenrechnung haben die Leitung der Druckerei Gschlitz in Marienbad veranlaßt, den Druckvertrag mit den Besitzern der Zeitung zum Ende des Monats September zu kündigen.

Der Lohnkonflikt in den Flakonglanzschleifereien des Isergebirges beigelegt

Wie uns der Pressedienst des Deutschen Gewerkschaftsbundes mitteilt, ist der Streik in der Flakonglas-Branchen beendet worden.

Innerhalb der Arbeiterschaft war nach der Verhandlung vom 3. d. M. Erregung darüber entstanden, daß das Verhandlungsergebnis seitens der Genossenschaft der Flakonglaschleifereien nicht eingehalten wurde. Die Erklärung der Genossenschaft der Flakonglaschleifereien, daß die Unterzeichnung des Vertrages erst am 17. September erfolgen könne, löste Mißtrauen bei der Arbeiterschaft aus, die in dem Vorausziehen der Vertragsunterzeichnung eine Gefährdung des Vertragsabschlusses überhaupt sah. In einer öffentlichen Versammlung der Arbeiterschaft am 7. d. M. beschloß diese, auf Grund des nichtbefriedigenden Verhandlungsergebnisses in den Streik zu treten. Vom Reichsbürger Gewerbeinspektorat wurde für Donnerstag, den 10. d. M. eine neuerliche Verhandlung einberufen. Es konnte eine Einigung in der Form erzielt werden, daß ein Protokoll abgeschlossen wurde, welches Vereinbarungen über verschiedene strittige Fragen, wie Unterzeichnung des Vertrages, Vertragsbeginn, Arbeitsaufnahme umfaßt, ferner Abmachungen beinhaltet, daß Maßnahmen zu unterbleiben haben und durch die Vertragsbewegung keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses erfolgt.

Die Versammlung der Arbeiterschaft in der Flakonglas-Branchen am 11. d. M. hat nach reger Diskussion beschlossen, das Protokoll zur Kenntnis und die Arbeit aufzunehmen.

Der neueste SdP-Trick

Aus verschiedenen Orten des westböhmischen Grenzgebietes kommen übereinstimmende Meldungen, daß SdP-Funktionäre mit großen Negativbogen von Haus zu Haus gehen, um die „wirtschaftliche Lage“ der Bevölkerung zu erheben. Besonders unter den Arbeitslosen geben sie sich den Anschein, als ob sie das Pulver erfunden hätten. Bei der einen Familie erklären sie, daß diese Erhebungen zu m a s s e n w e i s e n a u s f e h r e n gehen, bei der andern, wo sie ihrer Sache sicher sind, sagen sie, die Aktion geschehe f l i e h e n d. Dann wieder beschwören sie stichhaltige Einwürfe dahin, daß damit nur beabsichtigt sei, in Prag bei der Regierung für die Arbeitslosen vorstellig zu werden. Kurz und gut, sie haben für jeden eine andere Antwort. — Wie wir erfahren, sind die politischen Behör-

den durch ihre Organe über diese Tätigkeit der SdP unterrichtet, haben es aber bisher für gut erachtet, nichts zu unternehmen, obwohl diese Aktion ja nichts anderes bedeutet, als daß SdP-Funktionäre ungestraf t s i c h w a r z e L i s t e n über die politischen Verhältnisse der Einwohner-schaft in den Grenzgebieten anlegen dürfen.

Das Neudeker Kinderorchester in Prag

Als Einleitung zum heutigen ganzstaatlichen Kinderstag hat die Prager Landeskommission für Kinderschutz das Neudeker Kinder-Orchester zu einem Konzert am 11. Oktober eingeladen. Dieses Konzert wird im Smetanaaal des Prager Repräsentationshauses, dem größten Prager Konzertsaal, stattfinden. Ein tschechischer Kinderchor wird die deutschen Kinder begrüßen. Die Neudeker werden auch im Rundfunk singen und haben auch eine Einladung der Schüler der Bürger-schule in Prag-Muse erhalten.

Genosse Johann Ladmann siebzig Jahre.

Dieser Tage feiert Genosse Johann Ladmann in Freudenthal seinen siebzigsten Geburtstag. Ladmann, der schon als vierjähriger Knabe in den Dienst gehen und mit vierzehn Jahren bereits schulisches Weberschicksal kennen lernen mußte, schloß sich schon in den Reunzigerjahren der Gewerkschaftsbewegung an, in der er sich später jahrzehntlang als Funktionär betätigte. Seit 1919 ist er Obmann der tausend Mitglieder zählenden Ortsgruppe Freudenthal der „Union der Textilarbeiter“ und seit vielen Jahren für die Partei in den verschiedensten öffentlichen Funktionen tätig. Mit den Freudenthaler Genossen freut sich die Gesamtpartei dieses seit fünfzig Jahren unermüdet arbeitenden sozialistischen Vertrauensmannes, den darum auch aus Anlaß seines siebzigsten Geburtstages die Glückwünsche aller zuteil werden.

SdP und Habsburg. Die Herren von der „Zeit“, welche ihren bedauerlicherweise täglich ein totalitäres Eintopfgericht vorsetzen, können es gar nicht glauben, daß in anderen Parteien noch so etwas wie eine Meinungsfreiheit existiert. Sie wundern sich einen ganzen Zeitauf-satz lang darüber, daß Genosse Dr. Franzel in einem Diskussionsartikel unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Kampf“ den Standpunkt vertreten konnte, um einen Einzug Hitlers in Wien und damit einen Sieg des Faschismus über Europa zu verhindern, nehme er sogar eine totalisierte Restauration der Habsburger in Kauf. Demgegenüber vertritt im gleichen Heft Genosse Dr. Julius Deutsch den Standpunkt der

österreichischen Genossen, daß die Habsburger keineswegs ein „kleineres Übel“ wären. Die „Zeit“ gerät über diesen Meinungsaustrausch derart in republikanisch-demokratische Erregung, daß sie sich in blindem Eifer sogar vorbehaltlos auf den Standpunkt der offiziellen tschechoslowakischen Außenpolitik stellt. Bleibt sie dabei, die Politik Dr. Benes' und Kroftas so leidenschaftlich in Schutz zu nehmen, dann hat Genosse Dr. Franzel mit seiner persönlichen Meinungsäußerung wenigstens das heim zur Stärkung der Anti-Hitler-front beigetragen. Zur Beruhigung der Denkein-presse sei noch bemerkt, daß sich unter den Unterhändlern, die in H e l l a b r u n n bei Salzburg die wohlwollende Neutralität der Sudetendeutschen für den Fall des Einzuges Ottos in Wien zusicherten, L e i n S o z i a l d e m o k r a t e n befand.

Wie die „Note Fahne“ ihre Leser beschwindele. Die „Note Fahne“ weiß mit nicht besserem ihre Spalten zu füllen als mit Märchen über Res-bellionen in der Deutschen sozialdemokratischen Partei der USA zu erzählen. In der Samstag-nummer der „Noten Fahne“ rüdt Herr Bruno Köhler in einem Leitartikel mit der Entbilligung heraus, daß Mitglieder der Lokalorganisation un-serer Partei in Petersdorf in Nähren sich gegen die Wahregelung von einigen Parteimitgliedern daselbst, die mit den Kommunisten gepaktet haben, gewandt haben. Was für ein großes Ereignis das ist, lehrt wohl am besten die Tatsache, daß die Lokalorganisation Petersdorf ganze — acht Mit-glieder zählt.

Statt Liebe — Kerkerstrafe! An einem schönen Maienabend — am Tage vor Christi Himmelfahrt — hatte der jetzt Angeklagte sich auf dem Heimweg und Leitmeritz auf der Schüttenicher Straße einem ihm be-kannten 16jährigen Mädchen angeschlossen. Vor dem Orte Schüttenitz lud der Bursche das Mädchen noch zu einem kleinen Spaziergang um den Ort herum ein. Das Mädchen lehnte ab. Es wollte nach Hause, es war schon spät. Zum Abschied reichte sie ihrem Begleiter die Hand. Der nützte die Gelegenheit. Er hielt das Mädchen eine Viertelstunde fest und ver-suchte es durch Bärtlichkeiten zu beeinflussen, seiner Einladung zu folgen. Als die Bemühungen des Liebeshnenden erfolglos blieben, wurde er brutal, wendete Gewalt an und warf das Mädchen zu Boden. Das junge Mädchen erkannte jetzt den Ernst der Lage, rief um Hilfe; der Liebeshölle schlug sie mit der Hand ins Gesicht und auf den Kopf. Schließlich be-freite sich das Mädchen und lief in das nächste Haus. Vor dem Leitmeritzer Strafgericht einschuldigte sich der Bursche mit Trunkeheit, er habe mit der Will-kür des Mädchens gerechnet, da es sich seine Be-gleitung gefallen ließ und sich mit ihm unterhielt. Das Gericht verhängte eine Kerkerstrafe von drei Monaten unbedingt.

Volksfront mit Faschisten

Die neueste Politik der kommunistischen Parteien Europas

Wie haben bereits darüber berichtet, auf wel-chen Fernwegen sich die Politik der kommunistischen Partei Frankreichs bewegt. Die Volksfront genügt den Kommunisten in Frankreich nicht mehr, sie wollen die Volksfront zu einer „fran-zösischen Front“ erweitern, welche die rechts von den Radikalsozialisten stehenden Gruppen in die Koalition einbeziehen soll. Die französische sozia-listische Partei hat ganz richtig dazu am 2. Sep-tember folgenden Beschluß gefaßt:

Die Verwaltungskommission, beunruhigt durch die Kampagne der kommunistischen Partei für eine „Französische Front“, die nichts anderes sein könne als ein Versuch einer „Nationalen Union“, erklärt, daß die Sozialistische Partei nie-mals aufgegeben worden ist, zu einer solchen Koalition Stellung zu nehmen. . . Die Verwal-tungskommission ist überzeugt, daß es für die Ziele, die die Volksfront verfolgt, gefährlich wäre, B ü n d n i s s e mit Gruppen zu suchen, die die Demokratie und den Frieden gekämpft haben und be-kämpfen, deren Vertreibung doch der Daseins-grund der Volksfront ist.

Auch in Oesterreich geht die Kommu-nistische Partei auf diesen Abwegen. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, setzt sich die Kommu-nistische Bauernzeitung „Die Bauernstimme“ für den christlichsozialen Bauernführer Neithner ein und feiert die Ernennung des Neithner nebenstehen-den Peter Mannsdorfer zum Minister für Land- und Forstwirtschaft. Dabei war Neithner, wie die „Arbeiter-Zeitung“ feststellt, ein Helfershelfer der Faschisten, der durch seine Agrarpolitik die Inter-essen der Klein- und Mittelbauern dem Groß-grundbesitz und den Großbauern opfert. Mit Recht fragt ein Mitglied des Zentralkomitees der Revo-lutionären Sozialisten Oesterreichs, ob es die Aufgabe der illegalen Arbeiterpresse ist, das sin-kende Ansehen Neithners bei den Bauern aufzu-frischen oder ob es nicht vielmehr darauf antomme, die Politik Neithners vor den Bauern zu entlarven.

Die Krone setzt aber diesem Anbiedere an faschistische Gruppen der Aufruf der kommuni-stischen Partei Italiens auf, der geeignet ist, die kommunistischen Proletarier politisch und mora-lisch geradezu zu korrumpieren.

In diesem Aufruf wird bargelegt, daß

Italien von einer Handvoll Großkapitalisten aus-gebeutet wird. Dann heißt es weiter: „Nur die brüderliche Vereinigung des Volkes Italiens, durch die W i e d e r v e r s ö h n u n g z w i s c h e n F a s c h i s t e n u n d N a t i o n a l f a s c h i s t e n erzielt, wird imstande sein, die Macht der Diktatur in unserem Lande niederzuschlagen und die Erfül-lung der Versprechungen zu erzwingen, die den Volksmassen viele Jahre lang gemacht und nicht eingehalten worden sind.“ „Die großen Magnaten des Kapitals sind es, die die Vereinigung unseres Volkes verhindern, in dem sie Faschisten und Antifaschi-sten gegeneinander heben, um uns alle ungehindert auszunutzen.“ „Wir verkünden, daß wir bereit sind, zusammen mit euch und mit dem ganzen Volke Italiens für die Durchfö-h-rung des faschistischen Pro-g-r-a-m-m-s von 1919 und für jede Forderung zu kämpfen, die ein besonders oder allgemeines, unmittelbares Interesse der Werktätigen und des Volkes Italiens darstellt.“ „Nehmen wir einander die Hand, Kinder der italienischen Nation! Rei-chen wir einander die Hand, Fas-chisten und Kommunisten, Katho-likern und Sozialisten, Menschen aller Richtungen! Reichen wir einander die Hand und marschieren wir Seite an Seite, um das Daseinsrecht der Staatsbürger eines zwissierten Landes, wie es das unsere ist, zu erzwingen! Wir haben den gleichen Ehrgeiz: den, Italien frei, frei und glücklich zu machen!“

Die italienischen Sozialisten lehnen selbstver-ständlich die politische Verirrung, die sich in dieser Anbiederung an die Faschisten ausdrückt, entschei-den ab.

Die italienischen Sozialisten haben selbst-verständlich die politische Verirrung, die in dieser würdelosen Anbiederung an die Faschisten liegt, entschieden abgelehnt.

Daß zugleich in Frankreich, Oesterreich und Italien die kommunistischen Parteien eine solche Politik betreiben, zeigt, daß dies auf eine Wei-sung von Moskau aus geschieht. Wir sind nun neugierig, ob die Kommunisten in der Tschechoslo-wakischen Republik ihre Volksfrontangebote auch etwa an Henlein, Kramát und Gajda richten werden.

Heftige Kämpfe an der Talavera-Front

Der heftige Kampf am Frontabschnitt bei der Stadt Talavera del Tajo hält nach Meldungen aus Madrid an. Der Kampf be-gann Freitag früh um 5 Uhr und die Regierungstruppen bestim in Kampf die Initiative.

An der Front von S o m o - S i e r r a hat die Regierungsmiliz ihre Positionen befestigt. Die Front der Regierung reicht nun ohne Unter-brechung von Navalperal de Bineros über Vere-guerino — Suabarrama — Molines — Gerbevilla bis nach Barrera im Norden von Madrid. Die Artillerie der Regierungstruppen beherrscht das ganze Gebirge der Somo-Sierra. Die Truppen erwarten den Befehl zum Beginn des Kampfes.

Im Gebiet der Stadt D u e d o entfallen die Flugzeuge und die Artillerie der Regierung eine rege Tätigkeit. In der Stadt ist eine Typhus-Epidemie ausgebrochen, welche die Moral der Be-fahrung weiter untergräbt. Am Donnerstag sind in Duedo 72 Personen an Typhus gestorben. Zahlreiche aufständische Soldaten und Bauern aus der Umgebung treten in die Reihen der Re-gierungstruppen ein. Die Moral bei den Re-gierungstruppen und der Miliz ist vorzüglich.

Das Kriegsministerium teilt ferner mit, daß die Regierungstruppen die Gemeinde Cerrio Muriano in unmittelbarer Nähe von C o r d o b a erreicht haben und bereits weitere 2 Kilometer in der Richtung zur Stadt vorgerückt sind.

Oberstleutnant Sardino hat mitgeteilt, daß die Regierungstruppen Lencina, südwestlich von Monte Aragon, besetzt und so die Verbindung zwischen Monte Aragon und S u e s c a unterbrochen haben. Die Einschließung der Stadt sei leicht vollkommen.

Das italienische Kriegsministerium gibt be-kannt, daß die Truppen des Generals Alfalco 600 aufständische Soldaten gefangen genommen haben.

Madrid. Der Belagerungszustand ist um 30 Tage verlängert worden. Die Regierung erklärte, daß das Parlament verfassungsgemäß am 1. Ok-tober zusammentreten werde.

Flüchtlinge aus San Sebastian erzählen, daß das Bombardement der Stadt Samstag um 6 Uhr früh begonnen hat. Sie betätigten auch, daß es zwischen badischen Nationalisten und der Regierungsmiliz in den Straßen der Stadt zu einigen Schießereien gekommen ist.

Portugiesische Gesandtschaft in Brand?

Paris. Die rechtsstehende „Liberte“ bringt über Lissabon die Nachricht, daß die portu-giesische Gesandtschaft in Madrid von Angreifern, welche in das Gesandtschaftsgebäude eingedrungen seien, in Brand gesteckt worden sei. Das Rechtsblatt „Liberte“ fügt hinzu, daß die An-greifer Angehörige der spanischen Regierungstruppen gewesen seien.

Ein Priester im Alcazar

Die aufständischen Kadetten sowie die Frauen und Kinder im Alcazar haben das An-gebot abgelehnt, sich zu ergeben oder wenigstens vom Recht des freien Abzugs für Frauen und Kinder Gebrauch zu machen. Sie haben jedoch er-jucht, daß ihnen ein katholischer Priester ge-schickt werde, damit sie „als Christen sterben“ könnten. Die Regierung hat hierzu ihre Einwil-ligung erteilt und der Priester wurde Freitag vormittags von Parlamentären mit weißen Fah-nen in den Alcazar geleitet, wo er zwei Stunden blieb. Kurz darauf wurde das Feuer wieder mit doppelter Heftigkeit eröffnet, das auf eine kurze Weile verstummt war. Wie es heißt, las der Priester im Alcazar eine Messe, taufte zwei Neugeborene und nahm die Weichte einiger Personen ab. Er erzählte, daß das Innere der Festung ein Bild der schrecklichsten Verwüstung biete und die Luft vom Verwesungsgeruch der Leichen verpe-stet sei.

Gärung in Portugal

Paris. Seit Donnerstag abends sind die telephonischen Verbindungen mit P o r t u g a l unterbrochen, so daß die Gerichte von dem Aus-bruch erster Unruhen immer mehr an Wahr-scheinlichkeit gewinnen. Die scharfen Dementis der portugiesischen Regierung erhöhen nur noch den Eindruck, daß die Position der Generalsita-tur sehr erschüttert ist. Es ist wohl mehr als ein Zufall, daß dieselbe Regierung, die die Auf-ständischen in Spanien offen mit allen Mitteln unterstützt, nun selbst im eigenen Land von einem A u f s t a n d e r L i n e n bedroht ist, die im Lande zweifellos die Mehrheit hat. Schon in den letzten Wochen soll es zu verschiedenen Zwischenfällen gekommen sein, von denen aber lediglich die mifällige Weuterei der beiden Kriegsschiffe im Ausland bekannt wurde. Nach-richten über London besagen, daß neuerlich Offi-ziere der im Tajo liegenden Kriegsschiffe getötet worden seien und daß die Mannschaften be-schlossen hätten, Lissabon zu beschließen. Gleichzei-tig sollen in mehreren portugiesischen Garnisonen b e w a f f n e t e A u f s t ä n d e ausgebrochen sein. Auch dort seien Offiziere durch Soldaten getötet worden.

Tagesneuigkeiten

Musikschulung mit Tränengas

Die nationalsozialistische Zeitung für den Gau Saar-Pfalz „NSB-Rheinfront“ enthielt folgenden Beitrag, der klar zeigt, was in einem „Musikschulungslager für Kinder“ getrieben wird.

„Luftschutz im Musikschulungslager“. Schon drei Tage war der Schulungsleiter des Reichsluftschutzbundes bei uns im Zeltlager. . . Dann kam eines Tages der Befehl: Von 16 bis 17 Uhr Luftschutzvortrag mit Vorführung. Nun saßen wir um unseren Luftschutzherrn herum und überlegten im stillen, wie der Schulungsleiter, dem wir vorher eine ausgewählte hatten, Nachkommen würden. „Nacht auf, Ihr Lümmels,“ brüllte er plötzlich, daß alle Köpfe in die Höhe sahen, „wir beginnen heute mit den Kampflüften und als erstes werde ich Euch die Wirkung des Tränengases praktisch vorführen. Hinst Freiwillige vor!“ Wie ein Schlag waren fünf neugierige Pimpfe da. Der Luftschutzherr nahm sie zur Seite, griff in die Tasche, ein Griff, ein Knall, eine weiße Rauchwolke stieg auf und fünf kleine Kerle totelten weinend und putzend herum. Sie mußten sich die Augen auswachen und eine Salbe aufstreichen. Nun wurden noch die anderen Gase erklärt. Unsere Gedanken waren aber noch immer bei dem fabelhaften Tränengas. Da konnte man doch nachts einmal einige Zelte „zum Weinen“ bringen. Eine Hundsdacke müßte das geben. In tiefer Nacht ein Schuß ins Zelt und alles ist zu Tränen gerührt. — Da, puff, bumm, drei weiße Rauchwolken stiegen uns in die Nase. Wie geölte Liqueur saßen wir aus dem Singungsring. Weinend erreichten wir den Brunnen, gräßliche Flüche und Verwünschungen gegen den Attentäter ausstößend. — Er hatte inzwischen eine Menge Gasmasken herangeschleppt und fing nun an, diese zu erklären. Auf Kommando übten wir auf- und abgehen dieser Dinger, die uns ein furchterregendes Aussehen gaben. Schließlich klappte auch das und nun hieß es, jetzt lauft Ihr fünf Ehrenrunden mit diesen Dingen auf dem Schädel.

Wir zogen los, aber schon nach der ersten Runde blieb die Puste weg, alle kämpften verzweifelt, denn keiner wollte schlapp machen. . .

Eine Feuerbestattungsausstellung. Die Ausstellung „Die Entwicklung der Feuerbestattung in der GSB und ihre Widerhall in der Kunst und Produktion“, veranstaltet im Rahmen des Internationalen Feuerbestattungs-Kongresses vom Kunstgewerbemuseum und dem Verein „Artema-Torium“ in Prag, wurde Samstag durch den Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbeämter Dr. Oberthor und Ing. Dr. Korczyk im Kunstgewerbemuseum feierlich eröffnet. Doktor Oberthor begrüßte die anwesenden Gäste und Delegierten aus zehn Staaten sowie zahlreiche tschechoslowakische Delegierte. Die Ausstellung sollte, wie er sagte, ein Beweis dafür sein, daß unsere zeitgenössische Architektur und Technik sowie auch die bildende Kunst der Gegenwart und die Produktion mit der Feuerbestattungs-Bewegung Hand in Hand arbeiten. — Die Ausstellung enthält zahlreiche bemerkenswerte Bilder, Photographien, statistische Diagramme, Pläne, farbige Perspektiv-Projekte von Urnen-Gärten in verschiedenen tschechoslowakischen Städten, Feuerbestattungs-Literatur und einen schön arrangierten Urnen-Garten.

Ein impertinenter Mäurer. Freitag wurde im Vestibül des Paradiesbader Bahnhofs ein frecher Raub verübt. Der Steinbruchbesitzer Cemel Bilal aus Nová Ves bei Rajsovec wurde von einem Unbekannten überfallen und beraubt. Die Polizei hat in dem Mäurer den 28 Jahre alten Josef Korbek aus Fardubitz, der bereits oft vorbestraft ist, festgestellt. Korbek hat dem Bilal eine blutende Wunde zugefügt und dann den auf der Erde Liegenden um das Geld, das er bei sich trug und um das kleine Goldstück mit einer Goldbrücke im Werte von 1100 Kč beraubt, das er dem Bilal aus dem Mund schlug.

Ueborkauf an Hausgehilfinnen in den großen Städten, Mangel an Land. Sowohl am Lande als auch in den kleineren Städten wird ein fühlbarer Mangel an Hausgehilfinnen beklagt. Dagegen steht der Auftrieb nach den größeren Städten in keinem Verhältnis zur weit geringeren Nachfrage. So meldeten sich z. B. bei der städtischen Vermittlungsstelle in Brünn im August 2140 postenlose Hausgehilfinnen, von denen jedoch nur 54 untergebracht werden konnten. Noch schlimmer steht es in Prag.

Die Reihenfolge der Sieger im Gordon-Bennett-Flug ist folgende: 1. Wallon „Belgica Demunter“, der 1710 Kilometer zurücklegte, 2. der polnische Wallon „Lopp“ (1650 Kilometer), 3. Zürich (1525 Kilometer) usw.

Nebraskas Geldsorgen. Der Staat Nebraska, in den Vereinigten Staaten hat Geldsorgen, wie jeder heutzutage auf der Welt. Aber die Sorgen Nebraskas sind besonderer Natur. Das Staatsbudget hat sich in den letzten vier Wochen von

Was ist aus der russischen Revolution geworden?

Der bedeutendste antifaschistische Schriftsteller Ignazio Silone gegen den Moskauer Mord

Ignazio Silone, der Autor von „Fontamare“, des besten antifaschistischen Romanes „Brot und Wein“, und des grundlegenden sozialistischen Werkes „Der Faschismus“ nimmt zur Moskauer Justiz in einem offenen Brief an die Zeitschrift „Das Wort“, aus dem wir einige Stellen wiedergeben, Stellung. Er sagt da u. a.:

Nur mit Sophismen und verächtlichen Worten können Sie leugnen, daß die Prozesse, die im Rußland von heute durchgeführt werden, einen K o l l e k t i v m o r d darstellen, der an allen jenen verübt wird, die mit der herrschenden politischen Linie nicht einig gehen. Man gefällt sich darin, diese Ermordungen in gerichtliche Form zu kleiden, die wirklich nichts als eine makabre Karikatur sind. Auf jeden Fall sollen sie von mir erfahren, daß kein einziger Mensch mit gesundem Verstand den sogenannten „Gesandnissen“ der Angeklagten irgendwelchen Glauben schenkt.

Man fälscht die Auffassung der politischen Gegner, man unterschreibt ihnen verbrecherische und entsetzliche Absichten, man ermordet sie oder zwingt sie zum Selbstmord, — das alles tut man dann, wenn man zu schwach und zu feige ist, mit ihnen eine ehrliche Aussprache und einen ehrlichen Kampf über die grundlegenden Fragen des Landes aufzunehmen.

Die Aufgabe der Journalisten und der Schriftsteller im Dienste der russischen Regierung ist es nun, eine solche allzu gefährliche Diskussion zu verhindern und sie durch allgemeine Nebenarten über die neue russische Verfassung und über die demokratischen Rechte, die sie den russischen Bürgern zusichert, zu ersetzen. Es ist das aber ein Ablenkungsmanöver, das nur bei solchen sogenannten Intellektuellen verfangen kann, die jeden kritischen Sinnes bar sind und inselgedessen allzu-

leicht jener Geisteskrankheit verfallen, die man den juristischen Kretinismus nennen könnte. Der juristische Kretinismus besteht hauptsächlich in der Gewohnheit, die Gesetze eines Landes als den exakten Widerschein der sozialen Beziehungen zu betrachten, die zwischen den Bürgern dieses Landes bestehen. Dieser juristische Kretinismus bewirkt es, daß die Geisteskranken unter den Intellektuellen, die sich z. B. in das faschistische Italien begeben und dort die neuen Gesetze studieren, mit der Ueberzeugung nach Hause kommen, es gäbe in Italien keinen Kapitalismus mehr, da die faschistischen Gesetze ihn doch abgeschafft haben. Die sozialistische Kritik hat seit ihrer Wegründung durch Marx und Engels aber immer wieder gerade vor diesem juristischen Kretinismus gewarnt. Die Sozialisten haben immer wieder die formale Demokratie, die abstrakte Freiheit, die papieren Gleichheit kritisiert. Die Sozialisten haben immer wieder, daß man ein Land und eine Gesellschaft nicht nach ihren Gesetzbüchern beurteilen soll, sondern nach den wahren, realen Beziehungen, die zwischen den Menschen bestehen. Emil Ludwig, Lion Feuchtwanger oder Jakob Vahrer mögen vor der neuen Sowjetverfassung in Verärzlung geraten, aber kein sozialistischer Arbeiter, kein sozialistischer Bauer, der — mit dem Marxismus geimpft — gegen die Krankheit des juristischen Kretinismus immun ist, wird den abstrakten Paragraphen der Sowjetverfassung glauben schenken, und angesichts der — formal „rechts“ vollenzogen — Niederschlagung der Opposition wird er sich fragen:

Was ist aus der russischen Revolution geworden? Welches sind die objektiven Ursachen dieser Verjährung der inneren Gegensätze in der Sowjetunion?

Zum Schluß sagt Silone, er weigere sich, ein Faschist zu werden — auch wenn es ein e r t e r F a s c i s t w ä r e.

8,2 auf 9,6 Millionen Dollar erhöht, und Mr. Hall, der Schatzkanzler von Nebraska, weiß nicht, was er mit dem Geld anfangen soll. Er kann es nämlich nicht bei einer Bank deponieren, da die Banken Nebraskas ebenfalls einen derartigen Geldüberfluß haben, daß sie jedes Geldangebot zurückweisen, ja, sogar ein altes Staatsdepot von vier Millionen Dollar gelüftet haben. Hall hat das Geld zunächst in seinem Büro untergebracht, vor dessen Tür Tag und Nacht zwei Polizeibeamte stehen, um den Schatz, den niemand verzinsen will, zu beschützen.

Ein „salomonisches“ Urteil. In Ostende wurde ein einbeiniger Bettler vor einigen Monaten von der Straßenbahn überfahren, und dieser Unfall kostete ihm sein zweites Bein. Er verklagte die Straßenbahngesellschaft auf Erstattung einer Rente. Das Gericht von Ostende, das jetzt diesen Fall verhandelt, hat die Klage zurückgewiesen und dafür folgende klassische Begründung gegeben: „Da der Kläger vor dem Unfall als einbeiniger Bettler sich sein Leben verdientete, ist das Gericht der Ansicht, daß der Verlust des zweiten Beines ihm keine Einkünfte in seinem Gewerbe bedeutend erhöhen und damit seine Existenz sichern wird.“ Der unglückliche Bettler klagt jetzt in der zweiten Instanz.

Es gibt noch Romantiker. Der in den Vereinigten Staaten nicht unbekannt lyrische Dichter Gavelock Robb, dessen exzentrische Reaktionen viel kommentiert werden und der am Ontario-See ein im mittelalterlichen Stil erbautes Schloß besitzt, hat sich jetzt für den höchsten Preis von 1000 Dollar eine Glocke herstellen lassen, die er in seinem Arbeitszimmer aufgehängt hat und die er, wie er in einem Interview erklärte, jedes Mal läuten wird, wenn er sich in entsprechend gehobener Stimmung befindet. Robb hat die Glocke, die über eine Tonne wiegt, „gitchi nagamo“ getauft, das ist der Titel eines seiner Gedichte. In die Glocke selbst sind die Anfangsworte eines anderen seiner Gedichte eingraviert. Robb erklärt, er würde die Glocke hauptsächlich abends in Bewegung setzen und dabei das Fenster öffnen, damit die Leute in der Nachbarschaft, wenn sie von der Arbeit heimkehren, ebenfalls in feierliche Stimmung versetzt würden.

Der Pferde-Spleen der Miß. Mit zahlreichen anderen Vadegeboten ist auch eine Miß Reedel nach Dubrovnik gekommen, und zwar nicht, um dort den „King“ bei seiner Durchreise zu sehen, sondern um den armen Pferden zu helfen. Sie hatte irgendwo gehört, daß die Dalmatiner ihre Pferde mißhandeln; dem wollte sie abhelfen. Sie kam nach Dubrovnik, sah vor dem Stadteingang Fuß und hielt alle Bauern an, deren Pferde besonders strapaziert aussahen. Dann kaufte sie auf der Stelle den Bauern die Pferde ab, führte sie (die Tiere) in einen geradezu luxuriös ausgestatteten Stall und ließ den abgetriebenen Schindmähren dort den Gnadenhafer verabfolgen. Bisher bemuttert sie 89 dalmatinische Pferde, und ein Ende ihrer tierfreundlichen Aktion ist noch nicht abzusehen.

Das Warenhaus im Eis. Auf der Dickson-Insel wurde das erste Warenhaus des — Polarstreiches eröffnet. Zu dem Zweck wurde bei der Polarstation ein neues Gebäude errichtet. Die Ueberwinterer können sowohl gegen Bar als auch auf Kredit kaufen.

seinem Motorrad von rückwärts in ein Pferdefuhrwerk hinein, wobei der Reiter des Gefährtes Ludwig Szabo vom Sock geschleudert und auf der Stelle getötet wurde. Hochwasser und sein Begleiter wurden ebenfalls zu Boden geschleudert, doch kamen sie wie durch ein Wunder mit heller Haut davon.

Wölfe schon im September. Einige Rudel von Wölfen gelangten dieser Tage in die Umgebung von Burgas am Schwarzen Meer und in die Umgebung der Stadt Ferdinand in Nordwestbulgarien bis in die unmittelbare Nähe der Dörfer, wo sie viele Schafe zerrissen. Bei Ferdinand verfolgten zwei Wölfe einen Bauer, der auf der Straße ging und sich nur dadurch retten konnte, daß er auf einen Baum kletterte, wo er die ganze Nacht zubrachte. Die Wölfe nähern sich bereits jetzt, Ende des Sommers, den menschlichen Befestigungen. Die Ursache kann darin erblickt werden — wie manche Leute sagen — daß eine große Zahl von Wachhunden wegen der großen Besteuerungen aufgehoben wurde.

Arbeitslose vertilgen 16.000 Mäuse. Aus Remsiec wird berichtet: In der Umgegend der Gemeinde Rémice in der Gannia waren heuer Mäuse in ungeheurer Menge aufgetreten und die Gemeindevorstellung beschloß, sie um jeden Preis zu vernichten. Für jede tote Maus wurden 10 Heller gezahlt und die Vertilgung der Mäuse wurde den ortsanfässigen Arbeitslosen und ihren Familienangehörigen übertragen. Rummel wurde festgesetzt, daß in der genannten Gegend insgesamt etwa 16.000 Mäuse auf die verschiedenste Art vertilgt worden sind.

Die Gesamtwetterlage ändert sich nur wenig. Unter dem Einfluß eines ungehörigen Druckhochs mit dem Kern über der Ostsee ist es über dem Binnenland vorwiegend heiter. Aber auch bei uns macht die Erwärmung, vielfach bei ungehörtem Sonnenschein nur sehr langsame Fortschritte. Die höchste Temperatur — 18 Grad — meldeten Samstag nachmittags Pilsen, Dubweis und Preßburg, während Tropen und Kaschau ebenso wie die meisten polnischen Stationen nur 13 Grad verzeichneten. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Fortdauer des im ganzen schönen Wetters, in den Tälern stellenweise Morgennebel. Nachts noch sehr kühl, untertags mäßig warm. — Wetteraussichten für Montag: Windberuhigung gegen Südosten und ein wenig wärmer; sonst noch keine größere Änderung.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

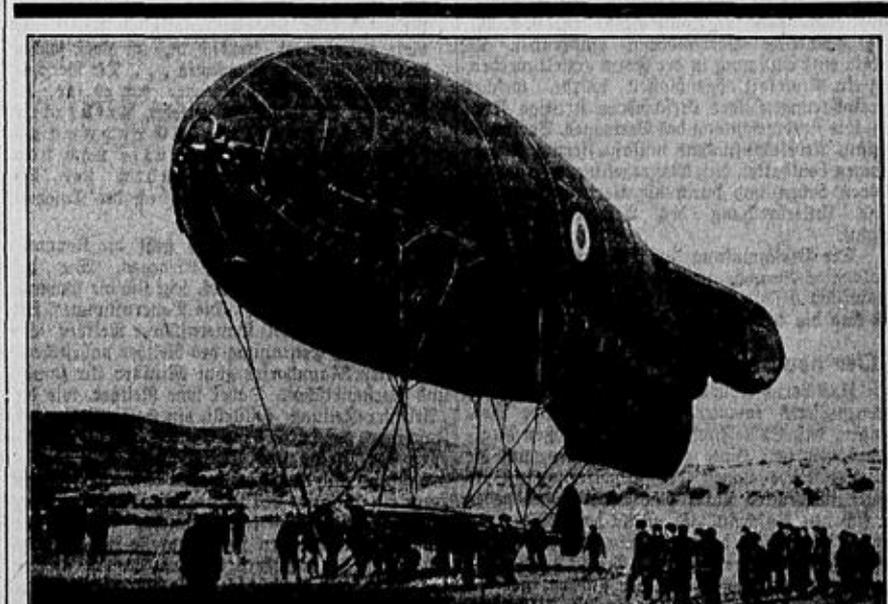
Montag
Prag: 7.00 Morgenkonzert, 11.35 Tanzmusik, 12.10 Operngesänge, 14.40 Deutsche Presse, 15.00 Klassische Musik auf Schallplatten, 16.30 Unbrück-Quartett, 16.10 Uebertragung aus Pilsen, 17.35 Klavierkonzert, 18.10 Deutsche Sendung: Funkwachenklub, mit einem Besuch im Wöhnerwaldmuseum in Oberplan, 18.45 Deutsche Presse, 20.40 Opernarien, 21.00 Schallplattenrevue, 22.15 Klavierkonzert. — Brünn: 17.40 Deutsche Sendung: Dr. Brummer: Wunderheilmethoden, 20.40 Emilian-Kompositionen. — Preßburg: 17.35 Gegenkonzert, 22.30 Tanzmusik. — Kaschau: 12.00 Schallplattenkonzert, 16.10 Nachmittagskonzert, 17.25 Sätmonikafest. — Währ.-Ostern: 12.35 Rundfunkorchesterkonzert, 18.10 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Rohrer: Sebn Jahre Sozialversicherung. — Kinderstunde.

Dienstag
Prag: 7.00 Morgenkonzert, 10.05 Deutsche Presse, 10.15 Deutsche Sendung: Rundfunk für Frauen, 10.30 Schallplatten, 11.05 Rundfunk für deutsche Schulen, 12.10 Operngesänge, 14.40 Deutsche Presse, 17.30 Populäres Konzert, 18.10 Deutsche Sendung: Dr. Dug: Aus dem süddeutschen Kulturleben, 18.20 Auch die kleinen Dinge können ergötzen, 18.55 Deutscher Bericht vom Tage, 21.00 Rundfunkorchesterkonzert. — Brünn: 15.00 Populäres Konzert, 17.40 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Matuscha: Aus dem Lager der „Roten Falken“. — Preßburg: 16.10 Rundfunkorchesterkonzert, 17.40 Opernarien, 22.30 Tanzmusik. — Kaschau: 11.00 Populäres Schallplattenkonzert, 12.35 Mittagskonzert. — Währ.-Ostern: 17.00 Chanson, 18.10 Deutsche Sendung: Landwirtschaft.

Erstbesteigung am Himalaja. Bei der deutschen Himalaja-Expedition in München lief die Nachricht ein, daß der höchste Berg des Britischen Weltreiches und gleichzeitig der höchste bisher von Menschen erstiegene Berg, der 7820 Meter hohe K a n d a D e v i im Gharwal-Himalaja, Ende Juli von einer englisch-amerikanischen Expedition bezwungen wurde. Da in diesem Gebiet jegliche Verkehrsmittel fehlen, mußte die Nachricht von diesem Erfolg der Expedition durch eingeschorene Läufer bis zur nächsten Funkstation gebracht werden, was in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten und Gefahren des Weges zwei Monate in Anspruch nahm. Die Teilnehmer der Expedition, die Engländer Tilman, Graham, Brown, Bell und Houston und die Amerikaner Emmons und Ferris Moore, erfahrene Himalaja-Bergsteiger, sind am 21. Juli von dem Ort Tapooon zu der Erstbesteigung aufgebrochen.

Wärterischer Irrtum. Nach vierjähriger Verhandlung hat das Kreisgericht in Burgas (Bulgarien) den Bauer Vasiliev zum Tode verurteilt, der vor einigen Monaten in heimtückischer Weise den früheren agrarischen Abgeordneten G a n e w e r s c h o s s e n hatte, als er abends aus einer Versammlung nach Hause zurückkehrte. Vor dem Gericht erwiebs es sich, daß Vasiliev den Ganev irrtümlich erschossen hat. Es erklärte, angezweifelt worden zu sein, einen V a u e r zu erschießen und erst am zweiten Tag nach seiner Tat erfahren zu haben, daß er im Finstern jemand anderen erschoss.

Motorrad und Fuhrwerk Freitag nachts ereignete sich auf der Landstraße unweit von Traiskirchen (Nieder-Österreich) ein schweres Verkehrsunfall. Der Geschäftsvorleiter Emanuel Hochwasser fuhr auf



Flugzeug schießt einen Fesselballon
Bei den großen Herbstmanövern im Südosten Frankreichs wurde, wie unser Bild zeigt, ein Fesselballon benutzt, der von einem Flugzeug vorwärtsgetrieben wurde. Der Ballon konnte auf diese Weise eine Geschwindigkeit von etwa 50 Stundenkilometer erreichen.

WIRTSCHAFT DER WELT

Teuerungstendenzen in der ganzen Welt

Wenn man von Teuerung spricht, muß man zwei Erscheinungen unterscheiden: die Erhöhung der Großhandelspreise aller Waren, insbesondere jedoch der für die Industrie wichtigen mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffe, einerseits und die Steigerung der Kleinhandelspreise jener Waren, die für die Lebenshaltung der breiten Volksmassen von entscheidender Bedeutung sind, andererseits. Die erste Erscheinung, die Erhöhung der Großhandelspreise der wichtigsten Rohstoffe, ist eine normale Folge jeder aufsteigenden Konjunktur und soweit sie in bestimmten Schranken bleibt, zugleich der sicherste Gradmesser der konjunkturellen Entwicklung (vergl. „Wirtschaft der Welt“ zu Nummer 208). Die zweite Erscheinung, nämlich die Steigerung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Verbrauchsgüter, ist zunächst nichts anderes als eine direkte Folge der Erhöhung der Groß-

handelspreise der Rohstoffe, insbesondere aber der Großhandelspreise für die Lebensmittel. In diesem Sinne ist auch die Erhöhung der Kleinhandelspreise als eine Folge der ansteigenden Konjunkturentwicklung anzusehen. Andererseits führt jedoch die Steigerung der Kleinhandelspreise zur Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen, vor allem der Arbeiterklasse und der Angestellten. Wenn man von Teuerung redet, so meint man vor allem diese Form der Teuerung. Dabei ist wiederum zweierlei festzuhalten: erstens die Tatsache, daß die Bewegung der Kleinhandelspreise in der Regel nicht einfach die Bewegung der Großhandelspreise widerspiegelt, sondern, in bestimmten Grenzen, eigenen Gegebenheiten folgt. Das ist eine überall zu beobachtende Erscheinung, die wie für die Tschechoslowakei an nach-

Groß- und Kleinhandelspreise einiger wichtiger Lebensmittel in der Tschechoslowakei — April und Juli 1936

	A p r i l 1 9 3 6		J u l i 1 9 3 6	
	Großhandelspreis KČ	Kleinhandelspreis KČ	vs d. Großhandelspreis	vs d. Großhandelspreis
Weizenmehl (100 Kg.)	252.50	290.—	114.85	252.50
Roggenmehl (100 Kg.)	191.50	217.—	113.32	191.50
Kartoffeln (100 Kg.)	46.50	69.—	148.39	51.—
Erbsen (100 Kg.)	200.—	350.—	175.—	200.—
Weis (100 Kg.)	168.—	210.—	125.—	168.—
Rindfleisch (1 Kg.)	10.50	12.35	171.62	11.—
Schweinefleisch (1 Kg.)	0.25	13.53	146.27	10.25
Rohschmalz (1 Kg.)	0.20	12.21	132.72	8.85

Wie man aus dieser Tabelle deutlich sieht, folgen die Kleinhandelspreise keineswegs einfach der Entwicklung der Großhandelspreise. Sogar in einer so kurzen Spanne Zeit wie vier Monate ist das Verhältnis zwischen den Klein- und den Großhandelspreisen nicht dasselbe geblieben. Bei Weizenmehl, Roggenmehl und Kartoffeln ist die Steigerung der Kleinhandelspreise bedeutender als jene der Großhandelspreise; bei Rind- und Schweinefleisch muß man eine entgegengesetzte Entwicklung feststellen: hier sind die Großhandelspreise rascher gestiegen als die Kleinhandelspreise. Die Teuerung, wie sie sich in den Kleinhandelspreisen ausdrückt, ist also keineswegs nur eine Folge der Erhöhung der Großhandelspreise. Man kann sich also wohl eine Steigerung der Großhandelspreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorstellen, ohne daß diese Entwicklung eine entsprechende Steigerung der Kleinhandelspreise hervorruft. Mit anderen Worten: die Großhandelspreise können auf Kosten der Spanne zwischen den Klein- und den Großhandelspreisen steigen. Man kann aber natürlich die Großhand-

elspreise mit den Erzeugnissen nicht gleichsetzen. In Wirklichkeit gibt es zwischen diesen beiden Preisklassen eine Spanne, die sich aber nicht so leicht ziffernmäßig erfassen läßt. Wenn man jedoch die große Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen genau feststellen könnte, so würde es klar sein, daß die Steigerung der Erzeugerpreise und damit die Erhöhung der Kaufkraft der bäuerlichen Produzenten keineswegs eine Erhöhung der Kleinhandelspreise nach sich zu ziehen braucht. Hier kommt man zu dem anderen wichtigen Gesichtspunkt, den man bei der Behandlung der Teuerung festhalten soll: wenn man von Teuerung spricht, so meint man damit eigentlich nicht die Steigerung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Güter des Massenverbrauchs an sich, sondern die Steigerung dieser Preise bei gleichbleibendem Verdienst der Masse der Verbraucher. Die Teuerung bedeutet also eine Minderung der Kaufkraft und damit des Verbrauchs der städtischen arbeitenden Massen. Hieraus kann aber eine bedeutende Spannung für die Aufwärtsentwicklung der Konjunktur entstehen.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten in der Tschechoslowakei und im Auslande

Die Teuerung im Sinne der Steigerung der Lebenshaltungskosten der städtischen Volksmassen ist in den letzten drei Jahren zu einer allgemeinen Erscheinung geworden. Man kann für die meisten Länder folgendes feststellen: Einerseits entwickeln sich die Lebenshaltungskosten etwas rascher

nach oben als die Großhandelspreise, andererseits folgen die Arbeitslöhne nur zögernd der Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Lebenshaltungskosten während der letzten zehn Jahre, zwischen 1926 und 1936, in einigen wichtigen Ländern.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten 1926 bis 1936 Verhältniszahlen (1929 = 100)

	Ver. St. u. Am.	Deutschland	Frankreich	USA	Großbritannien
1926	103.8	92.8	90.8	—	104.9
1929	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1933	74.8	78.6	98.5	90.7	85.4
1934	79.4	78.6	92.8	89.6	86.0
1935	83.1	80.0	80.9	91.3	87.2
1936 Jänner	77.5	78.2	94.6	89.8	86.0
1936 Febr.	78.3	78.1		89.1	85.4
1936 März	78.5	77.9	89.1	84.8	
1936 April	78.4	77.8	89.0	83.5	
1935 Jänner	81.6	79.5	88.9	86.6	
1935 Febr.	82.4	79.6	88.9	86.0	
1935 März	82.4	79.4	89.6	84.8	
1935 April	83.2	79.4	80.6	84.8	
1936 Jänner	84.8	80.7	92.7	89.6	
1936 Febr.	84.4	80.6	87.4	92.8	
1936 März	84.1	80.6	92.7	87.8	
1936 April	84.3	80.7	92.7	87.8	

(Nach den Angaben der Statistischen Abteilung des Völkerbundes. Bei dem Vergleich der Entwicklung in verschiedenen Ländern ist Vorsicht am Platze, weil die Berechnungsarten der Verhältniszahlen voneinander abweichen.)

Man sieht, daß die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Deutschland und der Tschechoslowakei ziemlich parallel im Sinne des allmählichen Anstiegens verläuft, während in Frankreich eine entgegengesetzte Entwicklung stattfindet. Diese Entwicklung der Lebenshaltungskosten entspricht auch der allgemeinen Konjunktur-

entwicklung in diesen Ländern. Die vier erstgenannten Länder weisen zwischen 1933 und 1936 eine ansteigende Konjunktur auf, während die französische Wirtschaft bis Ende 1935 sich im Abstieg befand. Bemerkenswert ist das starke Ansteigen der Lebenshaltungskosten in Amerika, das zweifellos auf die Maßnahmen der Regierung zugunsten der Farmer zurückzuführen ist. Die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist jedoch durch die Steigerung der Löhne wettgemacht worden. Diese Steigerung der Löhne und die Hand in Hand damit gehende Überwindung der Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß

trotz einer getwolligen Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise, das Vereinkommen der Landwirtschaft sich unergleichlich geringer erhöht hat als die Lohnsumme in der Industrie (vgl. „Wirtschaft der Welt“ zu Nr. 196).

Entwicklung der Ernährungskosten in Frankreich

Während zwischen 1933 und 1935 die Ernährungskosten in Frankreich sich auf einer absteigenden Linie entwickelten, verändert sich die Tendenz in radikaler Weise seit Ende des vorigen Jahres. Folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Ernährungskosten in Frankreich 1935/36 dar:

Entwicklung der Ernährungskosten in Frankreich 1935/36

	1935			
	1. B.	2. B.	3. B.	4. B.
Paris (29 Waren)	449	434	420	441
300 Städte (29 Waren)	436	418	405	415

Zwischen Mitte 1935 und Mitte 1936 findet in Frankreich eine stürmische Aufwärtsentwicklung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Lebensmittel statt. Im Juni 1936 lagen die Preise für Schweinefleisch um 44 Prozent, Schmalz um 35 Prozent, Speck um 23 Prozent, Butter um 22 Prozent, Rindfleisch um 14 Prozent und Käse um 11 Prozent über den Preisen zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Durch diese Teuerung erklärt sich, neben politischen Gründen, die spontane Bewegung der französischen Arbeiterklasse im Juni dieses Jahres. Es scheint aber, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne die Steigerung der Lebenshaltungskosten bis jetzt nicht eingeholt hat.

Uneinheitliche Preisentwicklung auf den Weltmärkten

Die Situation auf den Rohstoffmärkten ist gegenwärtig zwiespältig: einerseits muß man eine langsame Rückbildung der vor einigen Wochen stark gestiegenen Getreide- und Baumwollpreise feststellen, andererseits klammern die Preisnotierungen für die meisten Metalle weiter in die Höhe. Die Rückbildung der Preise für Getreide und Baumwolle ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die sehr pessimistischen Voraussagen über die Weltenernte, besonders auf der nördlichen Halbkugel, sich doch als übertrieben erwiesen haben. Die Aufwärtsentwicklung auf den Metallmärkten trägt teils einen Saisoncharakter: es handelt sich um die üblichen Einblendungen der Industrie für den Herbstbedarf. Entscheidend ist jedoch die Tatsache, daß das Ende der Kupfer- und Zinkproduktion vorläufig nicht abzusehen ist und daß die Vorräte bei den Großproduzenten ständig weiter abnehmen. Aber auch auf den Metallmärkten kann man schwer von einheitlicher Preisgestaltung sprechen. Neben der allgemeinen Tendenz zur Preissteigerung sind verschieden: Kräfte am Werke, die das Bild auf einzelnen Metallmärkten gestalten. So kann man bei Blei, Zinn und Quecksilber von einer kräftigen Aufwärtsentwicklung sprechen, während die Preise für Zink in der letzten Zeit etwas zurückgegangen sind. Beim Kupfer kämpfen entgegengesetzte Tendenzen gegeneinander: einerseits scheint sich der Bedarf der Weltindustrie auf alter Höhe zu halten, andererseits ist es zwischen den Weltmärkten beherrschenden großen amerikanischen Kupferkonzernen zu großen Differenzen gekommen. Infolge dieser Differenzen will die Kennecott Co. ihre Produktion vom 1. September um etwa 10 bis 12 Prozent erhöhen, so daß mit einer zusätzlichen Kupferförderung um rund 10.000 Tonnen monatlich gerechnet werden kann. Im Zusammenhange damit erwartet man auch eine Erhöhung der amerikanischen Kupferausfuhr. Dagegen wollen die beiden anderen großen amerikanischen Kupferkonzerne, die Anaconda und die Phelps Dodge Co., das heutige Preisniveau in jedem Falle aufrechterhalten und sind also bereit, ihre Produktion entsprechend einzuschränken. Aus diesen widersprechenden Tendenzen entsteht auf den Kupfermärkten der Welt eine ziemlich unsichere Situation. Die Stodung der spanischen Ausfuhr wirkt sich bereits in einer mäßigen Verknappung der Vorräte auf dem Welt- und Quecksilbermarkt aus. Der Bedarf an Blei steigt jedoch immer fort, besonders wird auch den Vereinigten Staaten und England über eine steigende laufende Nachfrage der Farbenindustrie, der Röhren- und der elektrotechnischen Industrie gemeldet. In der Verlieferung des Quecksilbermarktes teilen sich bis jetzt Spanien und Italien, in der allerletzten Zeit versuchen nun die italienischen Produzenten,

durch den Ausfall der spanischen Konkurrenz ermutigt, die Preise auf den Weltmärkten zu distillieren, insbesondere gegenüber den englischen industriellen Verbrauchern. Sehr interessant ist die Entwicklung auf dem Platinmarkt, wo gleichfalls eine Verknappung der Vorräte und im Zusammenhange damit eine Versteifung der Preise eingetreten ist. Hier handelt es sich wahrscheinlich um eine bedeutende Einschränkung des Angebots. Man nimmt an, daß zwischen den beiden größten Platinproduzenten der Welt, nämlich der International Nickel Co. of Canada und dem sowjetrussischen Platinproduzenten, auf die schätzungsweise mindestens zwei Drittel der Weltproduktion entfallen, ein Abkommen geschlossen ist; Einzelheiten darüber sind aber nicht bekannt.

Ausländische Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind, neben Großbritannien, jenes Land, das die größten auswärtigen Kapitalanlagen besitzt. Die genaue Ziffer der gesamten auswärtigen Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten läßt sich kaum schätzen, aber die privaten langfristigen Anlagen der amerikanischen Kapitalisten im Auslande haben, nach der Berechnung des amerikanischen Handelsministeriums, Ende 1935 rund 13.6 Milliarden Dollar betragen, d. h. rund 326 Milliarden KČ. Die Verteilung dieser auswärtigen Kapitalanlagen auf die einzelnen Gebiete stellt folgende Tabelle dar:

Langfristige amerikanische Kapitalanlagen im Auslande Ende 1935

	in Millionen Dollar	
Europa	3.764	3.543
Kanada	897	
Zentralamerika u. Mexiko	2.937	
Südamerika	1.107	
Westindien		8.705
Afrika		132
Asien		820
Australien u. Neuseeland		405
Gesamtanlagen im Auslande	13.605	

Der Anteil Europas an den auswärtigen Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten beträgt 25.7 Prozent, während die amerikanischen Konstante rund 64 Prozent dieser Kapitalanlagen in Anspruch nehmen. Dem gegenüber ist der Anteil von Asien, Afrika und Australien relativ gering. Allerdings befinden sich in Asien, vornehmlich in China, etwa 6 Prozent der auswärtigen Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten. Im Jahre 1927, also unmittelbar vor der letzten Weltkrise, waren rund 45 Prozent der auswärtigen amerikanischen Kapitalanlagen in Europa angelegt, während bloß rund 42 Prozent dieser Anlagen sich in den amerikanischen Kontinenten befanden.

Während das amerikanische Kapital immer weniger Interesse an den europäischen Investitionen nimmt, steigt das Interesse der europäischen Kapitalisten an der amerikanischen Wirtschaft. Das aus dem unruhigen und unsicheren Europa fliehende Kapital wendet sich vor allem den Vereinigten Staaten zu. Folgende Tabelle stellt den heutigen Stand der langfristigen Kapitalanlagen verschiedener Länder in den Vereinigten Staaten Ende 1935 dar.

Auswärtige langfristige Kapitalanlagen verschiedener Länder in den Vereinigten Staaten Ende 1935

	in Millionen Dollar		in %	
Kanada	1.006	20.0		
Großbritannien	1.374	27.3		
Frankreich	282	5.6		
Niederlande	784	15.6		
Schweiz	399	7.9		
übriges Europa	652	12.9		
Latin. Amerika	43	0.9		
übrige Länder	495	9.8		
Insgesamt:	5.035	100.0		

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß gegenwärtig die Anlagen des amerikanischen Kapitals in den europäischen Ländern und die Kapitalanlagen der europäischen Länder in den Vereinigten Staaten dem Werte nach einander ungefähr gleichen: die amerikanischen Anlagen in Europa betragen 3.5 Milliarden Dollar, die europäischen Anlagen in den Vereinigten Staaten rund 3.6 Milliarden Dollar. Das europäische Kapital ist von allen anderen auswärtigen Kapitalien am meisten an der Wirtschaft der Vereinigten Staaten interessiert: die europäischen Kapitalanlagen machen etwa 72 Prozent aller auswärtigen Kapitalanlagen in den Vereinigten Staaten aus. Großbritannien und Kanada allein sind zusammen fast mit einer Hälfte an diesen Anlagen beteiligt.

Schweden vor der Wahl 1936

1. Das äußere Bild

Schweden verdankt den guten Klang, den sein Name im Ausland hat, zu einem großen Teil dem hohen Produktionsstandard seiner Industrie, der wiederum nicht zu denken ist ohne eine begabte und intelligente Bevölkerung. Tausende wieder lieben Schweden wegen seiner landschaftlichen Reize und den demokratischen Menschen in Mitteleuropa, die in dieser Zeit einen harten Kampf zu führen gezwungen sind, ringt das schwedische Volk dadurch Achtung ab, daß es verstanden hat, sich schon vor Jahrhunderten Einfluß auf die Bestimmung der Geschichte seines Landes zu sichern, der wiederholt systematisch und gründlich ausgebaut wurde, so daß Schweden heute wahrhaftig eine unerschütterliche Feste der politischen Demokratie ist. Uns als Sozialisten aber sieht Schweden besonders nahe, weil die dortige Sozialdemokratie die größte politische Bewegung des Landes ist und weil sie in den zurückliegenden dreißigjährigen Jahren im Kampfe gegen die Wirtschaftskrise einen durchschlagenden Erfolg erringen konnte. Es ist dem Willen der sozialdemokratischen Regierung unter Albin Hansson zu danken, daß heute Schweden im Urteil der Volkswirtschaftler und in der allgemeinen Meinung des Auslandes als Staat angesehen wird, welcher die Wirtschaftskrise tatsächlich überwunden hat.

Diese Tatsache spiegelt sich, wie noch auszuzeigen sein wird, nicht allein in den Ziffern der Wirtschafts- und Sozialstatistik, sondern sie zeigt auch im äußeren Bild des Landes. Stockholm selbst, die Hauptstadt des Landes, vermittelt ein Bild regen wirtschaftlichen Lebens. Als Gradmesser mag die auffallend große Bautätigkeit gelten, die vor allem dem Zweck dient, die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt zu decken. Man sieht keine unglücklichen Mühsiggänger, niemanden, der bettelt oder in den großen Volkrestaurants sehen auf die Speisefeste lauert. Rabeten durch die Provinzen Uppland, Göttrikland, Dalarna und Västmanland ließen sich erklimmen über die vielen Straßenrekonstruktionen, Erweiterungen oder Verlegungen und Unterführungen, welche derzeit im Gange sind. In dem großen Eisenerzbergwerk Grängesberg bei Åsa in Ludvika, welches gerade eine Vergrößerung des Betriebes mitmacht, in dem großen Stahlwerk Sandviken und bei A. M. Ericsson in Stockholm, überall wurde und besteht, daß die Betriebe mit voller Kapazität arbeiten und gute Aufträge haben. Der Andrang zu den Stempelstellen hat aufgehört, das schwedische Volk steht wieder in Arbeit!

Das ist der herrliche Eindruck, den man von Schweden mit nach Hause nimmt.

2. Schweden und die Weltwirtschaftskrise

Im Jahre 1929 stand Schweden auf dem Höhepunkt eines Industrialisierungsprozesses, welcher stärker erst um die Jahrhundertwende eingeleitet und nur während des Krieges eine längere und 1921/22 eine längere Unterbrechung erfahren hatte. Das Land, welches vor dem Kriege noch zu den Kapital importierenden Ländern gehört hatte, konnte nach dem Kriege in die Reihe der Kapital exportierenden Staaten eintreten. Trotz dem raschen Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung kam es, von den Spekulationen war Kreuzzug abgesehen, zu keinen besonderen Auswüchsen, so daß das wirtschaftliche Leben des Landes innerlich gesund war. Das mag mit einer Ursache sein, warum in Schweden die Wirtschaftskrise später als in anderen Staaten größere Auswirkungen hatte. Das Land bekam die Krise zuerst in dem Abschnitt des Außenhandels zu fühlen. Während die Außenhandelsbilanz des Jahres 1929 noch ein Aktivum von 29.723 Millionen Kronen aufzuweisen hatte, war es 1930 schon ein Passivum von 11.824 Millionen Kronen. Die passive Entwicklung des Außenhandels hielt auch in den nächsten Jahren an, der Ausfall betrug 1931: 305 Mill., 1932: 207,5 Mill., 1933: 17 Mill., 1934: 2,3 Mill. und er wird für das Jahr 1935 auf 178,8 Millionen Kronen geschätzt *).

Die Depressionsercheinungen blieben aber noch eine ziemlich lange Zeit nach 1929 auf die Hauptzweige der Exportindustrie beschränkt, während der Inlandsmarkt noch bis zum Jahre 1931 eine normale Entwicklung aufzuweisen hatte. Diese im Widerspruch zur Entwicklung des Außenhandels stehenden Erscheinungen können vor allem aus den günstigen Verhältnissen auf dem schwedischen Geldmarkt erklärt werden. Schweden hatte trotz dem Außenhandelspassivum eine aktive Zahlungsbilanz, was die Erhaltung niedriger Zinssätze bedeutend erleichterte. Dazu kam noch, daß ausländische Unternehmer in zunehmendem Maße ihr Geld in die schwedische Wirtschaft investierten. Doch der immer sichtbar werdende Druck der Weltwirtschaftskrise veränderte nicht nur die Außenhandelsbilanz, sondern griff auch in die Gestaltung der Zahlungsbilanz föhrend ein. Die Krise wurde offensichtlich, als, ähnlich der Entwicklung in England, im Sommer 1931 die ausländischen Gläubiger das in der schwedischen Volkswirtschaft investierte Kapital plötzlich kündigten. Nun kam auch die für den heimischen Markt arbeitende Industrie in Schwierigkeiten und die Krisenerscheinungen verschärften sich.

Im selben Jahre und im Zusammenhang mit den gleichen Erscheinungen war für Schweden der Beschluß Englands, den Goldstandard aufzugeben, von größter Bedeutung, weil der schwedische Export in der Hauptsache auf den englischen Markt angewiesen ist. Durch den Beschluß Englands verschärfte

sich die Konkurrenzbedingungen für die schwedische Exportindustrie auf dem englischen Markt und als es nicht gelang, die bedrohte schwedische Währung durch eine Auslandsanleihe auf längere Zeit hinaus zu stützen, sah sich auch Schweden veranlaßt, den Goldstandard zu verlassen. Es vollzog diesen Schritt gemeinsam mit den übrigen skandinavischen Staaten, Finnland eingerechnet, am 28. September 1931, eine Woche nach dem englischen Entschluß. Schweden wollte durch diesen Entschluß vor allem die Konkurrenzfähigkeit seiner Exportindustrie erhalten. Und tatsächlich konnte durch diese Maßnahme, wie die



Peer Albin Hansson

oben angeführten Ziffern zeigen, der Verfall des Außenhandels aufgehalten werden, während gleichzeitig die für den Inlandsmarkt arbeitende Industrie gegen die Konkurrenz der Staaten, welche am Goldstandard festhielten, geschützt wurde.

Um einer Panikstimmung in der Öffentlichkeit und einer Inflation entgegenzuwirken, gab das Finanzministerium nach dem Verlassen des Goldstandards die Erklärung heraus, daß das Bestreben der Währungspolitik unter den neuen Bedingungen die „Erhaltung der inneren Kaufkraft der Krone“ sein werde. Der Sinn dieser Formel wurde verdeutlicht, als kurz danach die schwedische Reichsbank einen Index über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten veröffentlichte. Man bezeichnete diese Größe auch als „die Kaufkraft des Geldes in der Hand des Konsumenten“ und dieser Begriff bestimmte auch in der weiteren Entwicklung die Währungspolitik Schwedens. Während der internationale Wert der schwedischen Währung veränderlich war und es grundsätzlich auch nach der Stabilisierung eines Pfund-Sterling-Kurses von 10:40 im Jahre 1933 blieb, sollte seine Kaufkraft auf dem inländischen Markt von Schwankungen ferngehalten werden. Der Erreichung dieses Zieles diente auch die Diskontopolitik. Der Diskontsatz der Zettelbank, welcher noch im Juli 1931 4 Prozent betragen hatte, wurde am 21. September des gleichen Jahres auf 5 Prozent, vier Tage später auf 6 und wieder drei Tage später auf 8 Prozent erhöht. Damit sollte vor allem der Steigerung der Preise entgegengewirkt werden und diese Politik hatte auch Erfolge. Uebertreuen wurde der Diskontsatz noch im Oktober 1931 auf 6 Prozent ermäßigt und im Dezember 1933 betrug er nur mehr 2 1/2 Prozent *).

Es macht sich zu diesem Zeitpunkt bereits das Bestreben der sozialdemokratischen Regierung nach einer Politik des billigen Kredits zur Anspornung der wirtschaftlichen Tätigkeit geltend.

Das Jahr 1932 stand aber trotz allen Abwehrmaßnahmen im Zeichen einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, zu der auch der in diesem Jahre erfolgte Kreuzer-Sturz einiges beigetragen haben mag.

In dieser Situation fanden im September 1932 die Wahlen in die zweite Kammer statt, von deren 280 Mandaten die Sozialdemokratie 104 erhielt. Sie übernahm die Regierungsgeschäfte unter Peer Albin Hansson im Zeichen einer verschärften Arbeitslosigkeit. Das erhellten zwei Ziffern mit genügender Deutlichkeit. Während im Jänner 1929 nur 18.500 Arbeitslose amtlich registriert wurden, meldeten sich im gleichen Monat des Jahres 1933, also knapp nach dem sozialdemokratischen Regierungsantritt 189.225 bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen. Die Arbeitslosigkeit hatte sich also unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise mehr als verdreifacht.

3. Die Sozialdemokratie greift ein

Es ist klar, daß in dieser Lage die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Regierung erscheinen mußte. Sie ging, wie der Generalsekretär der Partei und Fürsorgeminister unter der Regierung P. A. Hansson, Gustav Möller, in einem Gespräch unterstrich, mit einer sehr einfachen Theorie an die Lösung dieser Aufgabe heran, welche sich in folgende kurze Fassung bringen

läßt: „Wir haben eine Krise inmitten des Ueberflusses. Was wir brauchen, sind Menschen, welche die Waren kaufen können.“ Im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Regierungspolitik standen also Bestrebungen nach Hebung der Kaufkraft. Die Arbeiterregierung mußte sich daher überall gegen Lohnföhrungen stellen und ebenso hatte sie Verständnis für eine positive Preispolitik zugunsten der Landwirte, weil beide Gruppen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Im Mittelpunkt der Arbeitslosenpolitik aber stand das Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die sozialdemokratische Regierung Schwedens erklarte aber die Lösung dieses Problems keineswegs in der Inangriffnahme von Notstandsarbeiten oder sogenannten Referbearbeiten, sondern sie begriff diese Aufgabe als Problem der allgemeinen Wirtschaftsbeföhrung. Deshalb erkennen unsere Parteifreunde in Schweden ihr Verdienst um die wirtschaftliche Beföhrung ihres Landes nicht in den durchgeföhrten Notstands- und Referbearbeiten, sondern vor allem in der Währungs- und Finanzpolitik, durch welche sie sich bemühten, allen Zweigen des Wirtschaftslebens neue Impulse zu geben.

Die Regierung P. A. Hansson widmete daher den Währungs- und Finanzfragen von vornherein ein besonderes Augenmerk. Sie berief im Frühjahr 1933 eine eigene Währungskommission, in welcher Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft und der Banken sowie volkswirtschaftliche Fachleute beisammen saßen. Diese Kommission empfahl der Regierung die Fortföhrung der Politik auf Sicherung der „inneren Kaufkraft der Krone“, über welche schon oben einiges gesagt wurde. Ferner machte diese Kommission auf die ersten wirtschaftlichen Folgen aufmerksam, die das ständige Zurückgehen der Großhandelspreise mit sich bringen mußte und sprach sich für ein leichtes Ansteigen dieser Preise aus. Zu diesem Zweck wurden vor allem die Senkung des Diskontsatzes und Erleichterungen bei der Kreditgewährung vorgeschlagen. Diese Kommission bezweifelte aber auch auf die Wichtigkeit öffentlicher staatlicher und kommunaler Arbeiten und verlangte von der schwedischen Reichsbank die aktive Mitarbeit bei der Finanzierung solcher Arbeiten. Diese Richtlinien fanden die Billigung des Reichstages.

Antwortschreiben unter der nach diesen Richtlinien gehandhabten sozialdemokratischen Regierungspolitik die Lebenshaltungskosten und Kaufkraft der „inneren Kaufkraft der Krone“ und die Großhandelspreise entwickelt haben, darüber gibt folgende Gegenüberstellung Aufschluß: *)

Jahr	Lebenshaltungskosten (Verhältnis mit dem Preisindex 1934 = 100)	Großhandelspreise (Verhältnis mit dem Preisindex 1914 = 100)
1929	170	134
1930	165	115
1931	159	105
1932	157	101
1933	154	100
1934	154	107
1935	156	111

Bei der Durchführung des großzügigen Investitionsprogrammes der Regierung Hansson spielte natürlich, wie in jedem Lande, die Aufbringung der Mittel eine große Rolle. Schweden, das die Einrichtung des sogenannten Kassenfonds hat, in welchem in guten Jahren die Ueberschüsse des Staatshaushaltes angeammelt werden, ging nicht ohne Reserven den Krisenjahren entgegen. Die Reserven des Kassenfonds betragen im Wirtschaftsjahr 1930/31 80,9 Millionen Kronen. Sie wurden in den folgenden Jahren zur Deckung der Abgänge im Staatshaushalt verwendet. Vom Jahre 1933 ab reichen jedoch die normalen Mittel des schwedischen Staatshaushaltes, die schon vorher durch kleinere Anleihen hatten ergänzt werden müssen, nicht mehr aus. Als daher die Regierung Hansson im Jahre 1933 ihr großes Antikrisenprogramm in Angriff nehmen wollte, mußte sie die Bewilligung zur Aufnahme größerer Anleihen einholen. Insgesamt wurden in den drei Budgetjahren der Regierung Hansson an die 300 Millionen Kronen durch Anleihen beschafft. Diese Politik fand die verhältnismäßige Unterstützung der Reichsbank. Von Steuererhöhungen nahm die Regierung Abstand. Für die günstige Verwendung der auf dem Anleihemarkt beschafften Mittel zeugt aber der Umstand, daß ein Teil der Anleihen bereits im Finanzjahr 1935/36 zurückgezahlt wurde und die sozialdemokratische Regierung in dem Staatshausanschlag 1936/37 mit der Verpflichtung der Antikrisenanleihen rechnet.

Insgesamt erforderten die Arbeiten des Investitionsprogramms in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis 31. Dezember 1935 einen Aufwand von 801,470,061 Kronen (fast zwei Milliarden Kr.), von denen 155 Millionen für Material und 146,5 Millionen für Arbeitslöhne verausgabt wurden. Der Sachaufwand übersteigt also die Lohnsumme ganz bedeutend. Das wird beargwöhnt, wenn man die Beschaffenheit der durchgeföhrten Arbeiten einer näheren Betrachtung unterzieht. Die Arbeitsbeschaffung der sozialdemokratischen Regierung konzentrierte sich vor allem auf den Bau von Arbeiterwohnhäusern, Mietshäusern und Wohn-

bauten, als auch auf Wohnungsverbesserungen in den Landgebieten. Einen großen Aufwand erforderte auch die Fertigstellung von öffentlichen Gebäuden. Bemerkenswert sind ferner die Investitionen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Einrichtungen sowie Kulturarbeiten in den Forsten. Für Straßen-, Bahn- und Bergarbeiten wurden verhältnismäßig geringe Summen aufgewendet. Diese Projekte kommen erst nach dem Bau von Viadukten, Brücken und Hafenanlagen. Das erhebt eine interessante Seite des schwedischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Man wähle mit Bedacht solche Arbeiten, welche beträchtliche Aufwendungen für Material erforderten, denn man wollte mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht nur die bei den einzelnen Projekten beschäftigten Menschen zu ordentlichen Tariflöhnen wieder in Arbeit bringen, sondern bewußt eine erhöhte Nachfrage nach Baumaterialien, wie Steinen, Zement, Kalk usw., nach Eisenkonstruktionen und sonstigen Einrichtungen auslösen, um dadurch den Arbeitsmarkt auch indirekt günstig beeinflussen zu können. Eine wirksame Ergänzung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes stellt ferner die Elektrifizierung von 1600 Kilometern Staatsbahnen dar, durch welche viele Menschen in Arbeit kamen und wichtige Industriezweige erhöhte Beschäftigung erhielten.

Tagegen spielen in dem Komplex aller Antikrisenmaßnahmen der sozialdemokratischen Regierung die sogenannten Reserverarbeiten, welche unseren Notstandsarbeiten gleichgesetzt werden können, eine untergeordnete Rolle. Referbearbeiten sind solche Arbeiten, bei welchen die Beschäftigten nicht nach den ordentlichen Tariflöhnen entlohnt werden. Sie wurden von den sogenannten Arbeitslosigkeitskommissionen geleitet, denen für die Zeit vom 1. Juli 1933 bis 1. Juli 1936 insgesamt 223.500.000 Kronen zur Verfügung standen. Davon wurden 176.500.000 für die Referbearbeiten aufgewendet, während der Rest für Unterföhrungen, Mietaufschüsse, für den freiwilligen Arbeitsdienst und auf andere Weise aufgebracht wurde. Bezeichnend für die strenge Scheidung der Referbearbeiten von dem eigentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm der sozialdemokratischen Regierung ist der Umstand, daß die bei den ersteren untergeordneten Personen weiterhin der Arbeitslosenstatistik geföhrt werden, und zwar auch während der Zeit, da sie in Beschäftigung stehen. Daher weist die offizielle schwedische Arbeitslosenstatistik immer eine höhere als die tatsächliche Arbeitslosenziffer auf.

Aus der konsequenten Durchführung der Politik zur allgemeinen Hebung der Kaufkraft gingen auch die Verbesserungen der Arbeitslosenunterföhrung unter der sozialdemokratischen Regierung hervor. Da in der schwedischen Volkswirtschaft auch die Landwirte und Kleinbauern einen wichtigen Konsumtensektor darstellen, stellte sich die Regierung Hansson auch nicht gegen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. In den wichtigsten Fragen wurde bis zum Rücktritt der Regierung das Einverständnis mit der Agrarpartei gefunden und das sozialdemokratische Kabinett führte wiederholt Hilfsmaßnahmen durch, welche sich auf die Getreidepreise, die Viehzucht und sonstige wichtige landwirtschaftliche Regelungen bezogen. Damit trat auch eine fühlbare Besserung der Lage in der Landwirtschaft ein.

Alles in allem stellte das sozialdemokratische Antikrisenprogramm einen Komplex von Maßnahmen dar, welche darauf hinausliefen, die Kaufkraft der breiten Schichten direkt und indirekt durch Arbeitsbeschaffung, durch eine positive Preispolitik und bessere Arbeitslosen- und Altersföhrung zu heben. Die Basis hierfür bot eine bewegliche Währungs- und Finanzpolitik, mit dem Ziel, der Wirtschaft und dem Staat billige Kredite zuzuföhren, die Kaufkraft der schwedischen Krone auf dem Inlandsmarkt zu stabilisieren und die Industrie auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähig zu erhalten. Schweden kann durch die Art seines Antikrisenprogrammes manchen anderen Staaten ein Beispiel geben, es kann es aber in meinen Augen noch mehr durch die konsequente, rasche und entschlossene Durchführung dieses Programms. Der Erfolg der Regierung im Kampfe gegen die Wirtschaftskrise hängt sicher nicht zuletzt davon ab, daß man es vermied, sich in Einzelmaßnahmen zu verzetteln, sondern einen aufeinanderbegreifenden Maßnahmen föhrenden Gesamtkomplex ausarbeitete und diesen gleichzeitig auf allen Abschnitten zielbewußt zur Ausführung brachte.

Für den Erfolg dieser Politik sprechen nicht nur steigende Produktionsziffern und der Rückgang der Arbeitslosigkeit, sondern noch mehr der Umstand, daß die sozialdemokratische Regierung vor ihrem Rücktritt daran denken konnte, im Finanzjahr 1936/37 alle zur Durchführung ihres Arbeitsbeschaffungsprogrammes aufgenommenen Anleihen zur Gänze zurückzugahlen. Das ist ein Beweis dafür, daß dadurch eine wirkliche Beföhrung der Wirtschaft eingetreten ist, so daß mit den erhöhten Steuereingängen die Belastung des Staatshaushaltes aus den Krisenjahren abgestoßen werden kann.

Zur Beurteilung der Erfolge der sozialdemokratischen Regierung im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit sei noch auf die amtliche Arbeitslosenstatistik bezwiefen, welche nachstehendes Bild aufweist (die Ziffern gelten für das Jahresende): 1929: 12.050; 1936 Ende Juli: 22.000 (davon 5000 faktisch arbeitslos, 17.000 Personen waren bei Referbearbeiten beschäftigt).

Willi Wanka

*) Laut „Statistisk Årsbok för Sverige 1936“.

*) Angaben aus „The Sweden Year Book 1936“.

*) Ziffern aus dem „Statistisk Årsbok för Sverige 1936“.

Der Urlauber Gömbös

Der strebsame Schüler Hitler's, Ministerpräsident, im Stand der Verurlaubten, Herr Julius Gömbös liebt militärisch aufgebauete, pompöse und romantisch gefärbte Paraden. Die Regie seiner Abgangsparade hat auch Einiges von Theatercoups an sich. Schwere, unheilbare Krankheit überfällt ihn, aber das Oberhaupt des Staates und das schwergeprüfte Land kann den „unentbehrlichen“ Leiter und Führer nicht ziehen lassen. Also wird Treuga Dei vereinbart, dem Kranken Betheuerungen dargebracht und täglich rührende Stimmungsberichte über die Genesung des Führers der Nation veröffentlicht.

Endlich beglückt er wieder mit seiner Anwesenheit das hohe Amt. Zwei Tage Amtsführung, und die abnungslöse Welt wird mit einer neuen Theateraufführung — Reichsvertreter auf der Jagd — überrascht. Dann wieder Enturlaubung, und endlich wegen akuter Unentbehrlichkeit, nur weitere Verurlaubung. Aber dieser Urlaub ist zweifellos der letzte Urlaub des Pensionistenkandidaten. Die Macht des Ministerpräsidenten wird der politisch und physisch wirklich Schwerkranken nicht mehr anstehen.

Der Mann der Halbheiten

Der Generalfeldmarschall im Stappenraum tritt im Jahre 1919 als großer Stratege in die politische Arena. Er entwirft sich aber nur als der fingerfertige Winkeladvokat. Mit einem Schlag sollte sich die Nation unter Gömbös' rühmreicher Führung in einem Lager einigen. Nach vier Jahren Gömbösregierung ist die Nation in Klassen und Parteien tiefer zerklüftet als je zuvor.

95 Punkte, lauter fette Versprechungen, sollen das Werk Meister Hitler's mit seinen schabigen 25 Programmpunkten übertrumpfen, und sollen allen Schichten und Klassen der Bevölkerung das Beste des Besten versprechen. An der Schwelle des Urlaubs müssen sogar Freunde und Gönner des Generals feststellen, daß weder von den im Radio verkündeten 95 Punkten, noch vom Sofortprogramm das Geringste verwirklicht wurde.

Den Dorfarmen versprach man Siedlung und Bodenreform. Den Großgrundbesitzern die Erhaltung der „historischen Rolle“ der Aristokratie. Das blutarme Siedlungsgebiet enttäuschte maßlos die Bauern, aber auch der Großgrundbesitz nahm mit Enttäuschung Stellung gegen die „bolschewistische Demagogie“ einer Bodenreform. Gegen Kartelle und ungleichmäßige Verteilung des Nationaleinkommens wurde seitens der Gömbösanhänger Sturm gelaufen. Die Kartellkönige Szurdai, Ledermann und Konforten fanden dabei liebevolle Aufnahme in der Partei des angeblichen Kartellschlägters. Die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses endete mit der Wahrgewinnung einiger kleiner jüdischer Beamten und Hochschüler, dagegen mit einer uneingeschränkten wirtschaftlichen Herrschaft des mit dem Feudaladel verbündeten jüdischen Großkapitals.

Der Mittelpunkt des Sofortprogrammes war aber die Wahlreform, die Einführung der geheimen Stimmenabgabe. Aber trotz Annulierung von 23 Mandaten durch den obersten Verwaltungsgerichtshof, hält Gömbös bis zum letzten Atemzug an der offenen Abstimmung, an der terrorisierten und mit Gewalt beeinflussten Wahlmethoden fest, weil nur diese Wahlordnung das unpopuläre Regime an der Macht erhalten kann. Die Einsetzung einer Kommission, Inaht vor dem Urteilsantritt Gömbös', mit der Aufgabe, eine Reform der Staatsrechtsgebe vorzubereiten, ist nur ein Taschenspielertrick der faschistischen Komödianten. Die politische Vorbereitung einer Sztranhabszaly-Marton-Regierung.

Den Arbeiterbrüdern wurde Gleichberechtigung, soziale Gesetzgebung, und staatliche Interessenvertretung versprochen. Man wollte die angebotene Auflösung ihrer Organisationen, und das von den Betroffenen mit aller Schärfe abgelehnte Geschenk der faschistischen Gewerkschaften mit demagogischen Schlagworten schmachtlich modern, mit dem gar nicht verbilligten Erfolg, daß heute die Arbeiterschaft mit tieferem Haß und Verbitterung die Gömbös-Herrschaft bekämpft, als jemals eine andere Regierung.

Der Bluff und die Talentlosigkeit dieser Regierung bewirkte das Wunder: D e t h l e n, der Mann des weißen Terrors, der sozialen und nationalen Unterdrückung, der Chef der corrupt-

testen Regierungsform, ist bereits rehabilitiert und wird als Erlöser und Befreier empfunden. Der verhasste Vethlen bedeutet im bürgerlichen Sumpf die moralische und geistige Erneuerung gegenüber der corrupten Parteivirlichkeit und dem geistigen Verfall des politischen Niveaus.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Messebilanz

Besser als im Vorjahrserbst. — Käufer aus 49 Staaten. — Aber größere Exporthemmnisse. — Erhöhte Kauflust des Inlandes

Prag. Die Samstag-Abend abschließende Prager Herbstmesse hat die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Die Messe wurde von mehr Ausländern als im Vorjahre besucht. Insgesamt wurden die Einkäufer aus 49 Staaten gezählt. Dem erhöhten Auslandsbesuch steht bedauerlicherweise die Tatsache gegenüber, daß sich die Exporthemmnisse für einige Branchen weiter verschärft haben. Neben den langen Wartelisten im Zahlungseingang aus den Balkanstaaten, und vor allem der Türkei, hat sich der Wegfall der schweizerischen Sonderkontingente, wie sie bis vor kurzem für die Porzellan- und Glasindustrie bewilligt wurden, ungünstig bemerkbar gemacht. Auch über das Italiengeschäft besteht noch Unsicherheit. Italien hat gut auf der Messe bestellt, allerdings meist vorbehaltlich der Einfuhrbewilligung. Spanien ist als Markt weggefallen. Für die Glasindustrie hat sich auch der dänische Markt stark eingeeignet.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich das Exportgeschäft auf der Herbstmesse gut angehalten. Im allgemeinen stand die Nachfrage nach Verbrauchsgütern im Vordergrund. Für Investitionsgüter liegt die Exportmesse im Frühjahr. In bezug auf die Preise konnten bei Qualitätswaren die Angebote in der Regel durchgesetzt werden. Bei Verläufen nach Märkten, wo die Auslandskonkurrenz mit Exportprämien oder Valutavorteilen arbeitet, waren die Preise demgegenüber gedrückt und oft mußten wegen 5 bis 10prozentiger Unterschiede Aufträge abgelehnt werden. Ein großer Teil der Auslandsnachfragen wird nach Mitteleuropa der Aussteller ein gutes Nachgeschäft bringen.

Hat die Prager Messe somit ihren Exportcharakter behaupten können, so liegen die Ergebnisse im Inlandgeschäft noch günstiger. In Verbrauchsgütern ist fast durchwegs eine Belebung im Vergleich zum Vorjahre und zur heurigen Frühjahrmesse festzustellen. Die einsetzende Wirtschaftsbesserung ist auf der Messe föhlich zum Ausdruck gekommen. Der Inlandsbesuch erstreckte sich auf das ganze Gebiet der Republik. So hat z. B. die Slowakei auf der Messe gut gekauft. Branchenmäßig hat die Herbstmesse folgendes Bild:

Porzellan, Steingut, Feinkeramik: Die Ergebnisse bei den einzelnen Ausstellern sind unterschiedlich: Exportaufträge liegen mit den meisten Ländern vor. Das Inlandgeschäft war bei einigen Firmen belebt.

Glaswaren: Auch hier sind die Ergebnisse nicht einheitlich. Einige Firmen lobten das Geschäft, während andere eine mehr erwartete hätte. Verkauft wurde sowohl nach Europa als auch nach Amerika. Das Inlandgeschäft war mittel, teilweise gut.

Lederwaren: Die Aussteller der Lederwarenbranche haben auf der Herbstmesse für das Inland wesentlich besser als im Vorjahre und im Frühjahr gearbeitet. Auch das Auslandgeschäft war bei den meisten Firmen gut.

Spiegelwaren: Das Auslandgeschäft beschränkte sich vorwiegend auf die ersten Tage. Besser als im Vorjahre war das Inlandgeschäft. **Textilien:** Einige Firmen schnitten für den Export gut ab. Trotzdem arbeiteten die Aussteller vorwiegend für das Inland.

Metallwaren: Besonders gute Exportaufträge hatte Metallgalerie. Das Ausland bestellte ferner Haus- und Küchengeräte. Das Inlandgeschäft war belebt.

Kartellrente

In der Papierindustrie . . .

Im Februar 1936 ist das Kartell für die tschechoslowakische Papierindustrie unter Herannahme der wichtigsten Außenleiter neu abgeschlossen worden. Die Papierindustriellen glaubten, sich damit die beherrschende Stellung auf dem inländischen Papiermarkt gesichert zu haben. Aber bald tauchten neue „Außenleiter“ auf, mit denen sich das Kartell zu verständigen suchte. Auf Kosten der Arbeiterschaft in der Papierindustrie und der gesamten Verbraucherschaft ist dem Kartell diese Verständigung auch gelungen. Wie sie erreicht wurde, dafür seien die folgenden Fälle angeführt: Noch im Frühjahr meldete die Firma Minger und Pollak in Belgarice die Absicht an, ihre Fabrik zu verpachten und sie wieder in Gang zu setzen. Die Firma wurde finanziell entschädigt, damit sie ihre Absicht nicht zur Ausführung bringt. Also verzichtete sie. Kurz darauf verkündete, daß das Holzfilzwerk in Braunau, das dem dortigen Kloster gehört, eine Papiermühle aufstellen wolle. Die Braunauer Mönche wurden mit einer halben Million Kč dazu gebracht, diese Papiermaschine nicht aufzustellen. In neuester Zeit kam die Firma J. A. Fiebigler, Pappensabrik in Kreibitz, mit derselben Absicht. Auch sie hat begründete Aussicht, von dem Papierkartell einen anständigen Happen zu bekommen.

Die „Außenleiter“ ist demnach zu einem recht lohnenden Geschäft für die Papierindustriellen geworden. Zunächst bringt das Kartell infolge der Monopolstellung, die es hat, allen Papierindustriellen in Form höherer Gewinne eine Kartellrente. Und darüber hinaus wird auch jenen Papierindustriellen, die gar nicht produzieren, eine Kartellrente in Form einer laufenden oder einer einmaligen Abfindung gewährt. Zu tragen haben die Belastung aus diesen Sondergewinnen der Unternehmer natürlich die Arbeiter und die Verbraucher. Wenn die Papierindustriellen über Konkurrenzunfähigkeit im Ausland klagen, so wird man sie darauf verweisen müssen, daß sie durch Befreiung dieser Sondergewinne zu einer wesentlichen Herabsetzung der Produktionskosten kommen können.

. . . und in der Eisenindustrie

Den Besitzern des Stefanauer Eisenwerkes, welches früher mehr als 1000 Arbeiter beschäftigte, hat das Eisenkartell vertraglich eine jährliche Zahlung von 400.000 Kč, und zwar auf die Dauer von zehn Jahren, dafür zugesichert, daß sie das Walzwerk stilllegen lassen.

Der Index der Großhandelspreise

nach dem Stande vom 1. September d. J. ist von 691 Punkten im August auf 693 im September gestiegen.

Die Gruppe der Nahrungs- und Genussmittel verzeichnet ein Steigen von 701 auf 705 Punkte. Demgegenüber ist der Futtermittelindex von 338 auf 326 zurückgegangen. Der Index der Industriestoffe und -Erzeugnisse blieb im ganzen unverändert, er beträgt 703 Punkte gegen 702 im August.

Die Gruppe der pflanzlichen Nahrungs-

mittel weist ein unbedeutendes Steigen bei Getreide und Hafer aus, während sich Kartoffeln um 33,3 Prozent und Erbsen um 11,7 Prozent verbilligten.

Eine allgemeine Verteuerung äußerte sich in der Gruppe der tierischen Nahrungsmittel. Es verteuerten sich: Rindfleisch um 8,3 Prozent, Schweinefleisch um 6,7 Prozent, Kalbfleisch um 17,3 Prozent, Schöpfensfleisch um 5,9 Prozent, geräucherter Schinken um 1,5 Prozent, inländisches Schweinefleisch um 4,5 Prozent und ausländisches um 6,1 Prozent, Butter um 5,5 Prozent und Eier um 8,5 Prozent.

In der Gruppe der Metalle ging der Preis von Viehgeräten um 5,3 Prozent und von eisernen Fertig- und Halbfertigwaren um 0,3 Prozent zurück, während sich Kupfer um 2,3 Prozent, Zinn um 1,3 Prozent und Blei um 2 Prozent verteuerten.

In der Gruppe der Textilien verzeichnen einen Preisrückgang Rohbaumwolle um 5,6 Prozent, Baumwollgarn um 3,8 Prozent und Seide um 2,7 Prozent; überreife Schafwolle verteuerte sich um 2,6 Prozent und Zute um 1,2 Prozent.

Rückstände in der Lederindustrie. Auf einer Tagung der Geschäftsführenden und Vertreter der Lederindustrie wurde festgestellt, daß die Lage in der Lederindustrie dank dem besseren Prosperieren der Handschuh-, der Schuh- und Lederwarenindustrie-Erzeugung nicht ungünstig sei. Die stärkere Beschäftigung der Dreibriemenfabriken müsse als ein besonders gutes Symptom bezeichnet werden. In der Lederindustrie wirkte aber eine Anzahl von Umständen außerordentlich hemmend. Zu ihnen gehören vor allem die Tatsache, daß ein Teil der Lederindustrie (Lederwarenindustrie) überwiegend oder ausschließlich Heimarbeit beschränkte und zwar unter Bedingungen, die den bestehenden gesetzlichen Vorschriften schroff widersprechen. Dem Uebel der gewerblichen Heimarbeit (Verwendung von Kindern usw.) könnten die Aufsichtsbehörden durch strenge Handhabung des Gesetzes ohne Schwierigkeiten steuern.

Ausland

Wird Stauning siegen?

Vor den dänischen Landstingwahlen

Am 15. September werden in der Hälfte der dänischen Wahlkreise die Wahlmänner für die eine Hälfte des Landsting, der ersten dänischen Kammer, gewählt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Er wird von der Rechtsopposition mit außerordentlicher Schärfe geführt, weil sie fürchtet, ihre bisherige Mehrheit im Landsting zu verlieren. Dadurch würde eine vollkommen neue Situation geschaffen werden. Denn während im Folketing die Regierungsparteien über 82 Mandate (68 sozialdemokratische und 14 radikale) gegenüber 66 der Opposition verfügen, setzt sich das Landsting aus 34 Anhängern der Regierungsparteien (27 Sozialdemokraten und sieben Radikalen) und 41 Anhängern der Opposition (28 Bauernparteier und 13 Konfessionellen) zusammen. Dieser Unterschied rührt daher, daß die Landsting-Abgeordneten auf acht Jahre gewählt werden, daß die schwach bevölkerten Landkreise gegenüber den Städten begünstigt sind und daß das Wahlrecht erst mit dem 35. Lebensjahr beginnt. Die Mehrheit des Landsting hat nun der Regierung Stauning häufig Schwierigkeiten bereitet, indem sie einen großen Teil der im Folketing beschlossenen Gesetze ablehnte, eine Situation, die derjenigen Griechenlands vor Einführung der Monarchie — lediglich mit umgekehrtem Vorzeichen — gleicht. Dadurch war die Regierung gezwungen, in solchen Fällen mit der einen oder anderen Oppositionspartei Kompromisse abzuschließen. Während es nun der Rechtsopposition darauf ankommt, den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten, legt es die Sozialdemokratie darauf an, von den zu erneuernden Mandaten vier zu gewinnen, um den alten Status zu beseitigen. Die dabei ausgesprochene Parole lautet auf Liquidierung des Landstings nach der Eroberung seiner Mehrheit. Das ist eine Verfassungsänderung, die freilich mit Schwierigkeiten verknüpft ist, denn sie bedingt eine Neuwahl beider Kammer und anschließend noch eine Volksabstimmung. Es geht also um ziemlich viel, und das erklärt die Heftigkeit des Wahlkampfes. Die Rechte operiert dabei mit dem Bolschewistenfremd, obwohl dies für Dänemark besonders grotesk ist. Denn die Sozialdemokratie steht in Dänemark den Kommunisten völlig ablehnend gegenüber. Und die Kommunisten, die bei der letzten Wahl 8000 Stimmen erhielten, sind kein Machtfaktor, zumal da sie, wie ein Aufruf von Marie Nielsen, der dänischen Klara Zeitin, beweist, nach dem Trocki-Prozess von einer schweren inneren Krise heimgeführt werden. Die Bauernpartei (Venstre) sieht der Wahl mit Sorge entgegen, denn bei den Folketingswahlen im vorigen Oktober büßte sie ein Drittel der Stimmen ein. Seitdem ihr bisheriger Führer Stauning seinen Vorstoß niederlegte, ist die Partei obendrein so gut wie führerlos. Angehts dieser Sachlage wird sie wahrscheinlich auf das Bündnisangebot der Konfessionellen eingehen. Andererseits werden auch die Sozialdemokraten und Radikalen ihre Listen verbinden.

300.000 Fischer

Von Richard Rax

Der Schriftsteller Justus Inq gerne in der Sonne am Ufer des Donaukanals, wo dieser seine Fluten aufstaut aus dem Steinmeer der Häuser Wiens in das grüne Gelände des Praters wälzt. Hier werden die uralten flachen Dampfboote, Sotol und Orel, täglich mit neuer Freude von Kindern beglückt, deren Großeltern schon föhlich auf diesen Schiffen zum Fieberdemonen führen, als sie noch Freudenaue und Griefenstein hießen. Die Uebermalung der Namen erinnert Justus an die bedeutenden Umwälzungen im Donauraum, zu denen er auch seine eigene Wandlung vom Dichter zum Schriftsteller mit dem fixen Auftrag auf lustige Geschichten ohne tieferen Sinn zählt.

Nur in einer Beziehung war alles beim alten. Noch immer angelten hier dieselben drei Fischer wie Symbole der Ewigkeit. Auf Suche nach neuer Anregung trachtete Justus schon lange mit einem der Angler ins Gespräch zu kommen. Nachdem er drei heiße Augusttage in unmittelbarer Nachbarschaft des einen stummen Fischers stumm in der Sonne gebraten hatte, wagte er endlich, um den Fischer zum Anbeißen zu bringen, während einer durch das Anbeißen eines alten

Schufes verursachten Arbeitspause die anerkannten Worte: „Ein schöner Sport, das Angeln.“ Der Fischer brummte: „Warum?“ und Justus antwortete: „Es gehören viel Ruhe und Optimismus dazu, Eigenschaften, die gerade heutzutage von besonderem Wert sind.“

„Endlich ein Mensch, mit dem sich reden läßt“, meinte der Fischer zwischen Zähnen und Pfeife. „Was sagen Sie zu meinem Vorschlag, den die Herren im Arbeitsamt abgelehnt haben? Man sollte jedem Arbeitslosen von Staats wegen eine Angel geben und alle zum Fischen anhalten. Erstens könnte da jeder die Gebuld lernen, die er höchst nötig hat, zweitens können dadurch eine Menge Fische zusammen.“

„Gewiß!“ sagte Justus. „Wenn jeder Arbeitslose täglich nur einen Fisch fangen könnte, der ein kilo wiegen mag, der Einfachheit der Rechnung halber, so wären das dreihunderttausend kilo Fisch täglich. Damit läßt sich schon Staat machen.“

Doch der Fischer erwiderte, entsetzt über so viel Naivität des Laien: „Wo denken Sie hin, Herr? Einen Fisch täglich? Ich habe den letzten in dem Jahr vor dem Bruch der Kreditanstalt, also vor sechs Jahren erwischt und der hatte nur zwanzig Deka. Erlauben Sie!“ Damit ergriff er des Justus Ideenbrennerei und schrieb auf

ein freies Blatt die Brüche: „300.000 : 6 = 50.000 und 50.000 : 5 = 10.000.“ — Also, sechzigtausend Fische jährlich könnten gefangen werden. Rechnen wir jeden zu zwanzig Deka, was eher zu viel ist, macht zehntausend kilo Fisch im Jahr. Das könnte die Donau vielleicht noch hergeben und besser als nichts ist es doch.“

Justus blieb nachdenklich stumm und verhartete weiter redend. — Die Länge der Donau in unserem Land beträgt dreihundert Kilometer, das macht auf den Kilometer tausend Fischer, das sind für je zwei Meter ein Fischer auf jedem Ufer. — Er kam zu dem Schluss, daß das Arbeitsamt, obwohl ein Amt, diesmal mit seiner Ablehnung recht gehabt haben dürfte.

Da jedoch der Fischer unter seinen Geräten auch einen großen Hammer hatte, um damit den nach dem Ablauf des sechsten Jahres bald fälligen zweiten Fisch zu töten, fühlte sich Justus zu dem Lob gezwungen: „Ein prächtiger und beherzigenswerter Vorschlag!“

Dann schlich der ehemalige Dichter still und heimlich davon. Trotz der ihm gewordenen Anregung verzweifelte er an der Aufgabe, daraus eine lustige Geschichte, laut Bestellung wie gehabt, zu drehen, für deren Honorar seiner lieben Schreibmaschine eine frisches Farbband zu kaufen bereits äußerst dringend gewesen wäre.

Prager Zeitung

Die Prager Ratten-Gelbsucht

Seit mehreren Jahren herrscht bei uns in Ostböhmen und überall dort, wo minderwertige Ratten, gekleinerte Kartoffeln sehr verbreitet werden — also auch in nicht einwandfrei geleiteten Heimen, Spitälern, Anstalten jene Form der Gelbsucht, die man nach ihrem Entdecker, — der dem Moldauwasser, verfaulend von den Ausscheidungen der Kanäle-Ratten, die Schuld gab — Weilsche Krankheit nannte. Auch in den Schlagenratten des Weltkrieges war sie sehr bekannt und jahrelang glaubte man, sie befiele nur Männer. Diesen Irrtum widerlegte das massenhafte Auftreten während der andauernden, streifen-Unterernährung, noch dazu mit oft bedenklichen Fetten und — erst in neuerer Zeit bedient! — gekleinerten Kartoffeln, besonders im Frühjahr. In dieser Jahreszeit und im Sommer tritt diese aufstrebende Gelbsuchtsform besonders, oft schwer, auf, bis nun in der Regel im Herbst unterdrückt. (Kürzlich starb ein bekannter Sportler daran. Das machte aufmerksam.) — Nun hat ja die Belastung der Ratten mit dieser Infektionskrankheit insofern einiges für sich, als diese Alsekreter auch die Exkremente in den Kanälen fressen, mit ihnen den Bazillus, der in schon geschwächten, anfälligen Körper die Krankheit verursacht. Dieser Bazillus gehört der bösen Familie der Spirochaeten an, aus der auch der Pneu-Bazillus, gleichfalls eine Spirochaete, die blasse (pallida) stammt. . .

Die infektiöse Gelbsucht befällt aber auch Menschen — beide Geschlechter! — die fern von Prag und Moldauwasser und Ratten leben. Die vielen Krankheitsfälle in einem „Gesundheitsheim“ bei Prag — wo auch der Verfasser die Gelbsucht erkrankte — war Anlass zu näheren Studien. Einholen von Auskulten durch Fachmänner (Bakteriologen, erfahrene Ärzte) — und diese ergaben Erkenntnisse, die Verfasser bereits im Vorjahre a. a. O. aussprach. Aber, die Küchenverhältnisse jener Anstalt blieben die Alten, so daß neuer wiederum dort die Gelbsucht Einzug hielt. (Witzlerweise nahm sich das Gesundheitsministerium bei Ende an. Es liegt auch hier an der „feinen“, an der viel... genannten „unverantwortlichen“ Bürokratie. . .)

Erweisen ist, daß mittels des in den gekleinerten Kartoffeln enthaltenen Giftes, des Solanins, ebenso wie durch schlechte, verfallene Fette, nach und nach — manchmal aber auch plötzlich — so schwere Schädigungen des Nieren-, Leber-, Galle- und Gallenkanal-Systems auftreten, daß es eben zum unvertäglichen Einfinken der Galle in den Blutkreislauf, zur Gelbsucht, mit all ihren, oft schweren, stets aber sehr lästigen Folgen kommt. Man kann diesen — und jeden — Infektions- (Ansteckungs-)vorgang so ausdrücken: ab dem Augenblicke, da die Organe nicht mehr genug widerstandsfähig sind, nicht mehr genug Abwehrkräfte besitzen — z. B. in den letzten Blutkörperchen des Blutes —, kommt es zum Ausbruch der Infektion, zur siegreichen Tätigkeit der, weichenhaft, stets vorhandenen Krankheits-erreger, d. h. des Weilschen Spirochaeten. Ein Organismus muß erst des stärksten Teiles seiner Abwehrkräfte — durch Not, Elend, verfallene und schädliche Nahrung (aber

auch durch Alkohol) — beraubt sein, ehe ein Bazillus, ein Bakterium oder ein Virus (ein noch kleineres Kleinlebewesen; wie man annimmt, aus dem Grenzgebiet von Pflanze-Tier) seine vergiftende Tätigkeit entfalten kann. — Jener Teil der bürgerlichen Presse, der für die Gelbsucht nur Ratten und Moldauwasser verantwortlich zeichnen läßt, dürfte willens sein, das Publikum von den Tatsachen abzulenkten, die oben einzeln angeführt sind.
Edmund Reimer - Fronfide.

Nach alter Methode. Daß man auch mit den ältesten und einfachsten Schwindeltricks noch Erfolg haben kann, bewies der vorerwähnte verhaftete, mehrfach vorbestrafte 23-jährige Arbeiter- und wohnungslose Zimmermann Josef Sufr. Vor einigen Tagen bot er sich am Focke in Prag II, einem Passanten an, dessen Koffer und Ueberzieher zu tragen, und verfuhr sofort mit beiden. Den gleichen Streich hatte er bereits zweimal in der Nähe von Bahnhöfen ausgeführt, diesmal wurde er jedoch zwei Tage später verhaftet und die Sachen zurückgestellt. Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, daß er vor einiger Zeit die Krankenkasse um 120 Kč geschädigt hatte, indem er die Versicherungssumme hob, die einem anderen gehörte. Den tatsächlich Berechtigten hatte er während einer Krankheit im Krankenhaus kennen gelernt, seinen Namen und die Adresse seiner Krankenkasse erfahren und nach dessen Entlassung, die gleichzeitig mit seiner eigenen erfolgte, eine Bestätigung über die Dauer seiner Krankheit vom Krankenhaus verlangt; mit dieser hatte er dann in dessen Namen die Versicherungssumme einlöslich. Er wurde nach Prankar einaeisert.

Union der Eisenbahnangestellten befohlen. Aus den Kantalaräumen der Union der Eisenbahnangestellten in Prag I, Lange Gasse 2, wurden gestern zwei Rechenmaschinen im Werte von etwa 3000 Kč gestohlen. Kurz darauf wurden der 42-jährige Wägenarbeiter Max Rax aus Bolen und der 57-jährige Jan Rix aus Mährisch-Weißbühlitz. Sie hatten die Kasse vor einigen Tagen als Papierverkäufer besucht und hierbei den Diebstahl der Rechenmaschinen beschlossen, den sie in der Nacht auf gestern ausführten. Sie wurden nach Prankar einaeisert.

Austritt im Freizeiten. Im Freizeitenklub des Jaroslav B. in Prag-Břichov erschien gestern vormittags das 25-jährige Dienstmädchen Anna Čermáková. Sie sich vor einigen Tagen das Haar dort hatte bleichen lassen, und erklärte in großer Aufregung, daß die Schädenerfahrungen verlangen werde, da ihr das Haar nach der „kur“ massenhaft ausgefiel. Da sie schließlich immer heftiger wurde und neben den Ausbeuter und die Angehörigen Schimpfungen ausließ, forderte sie erörtert auf, das Geschäftsfeld zu verlassen. Die Čermáková ergriff hierauf eine Brennstoffe und warf sie gegen einen Spiegel, den sie erschlug. Der Freizeitenklub Karl Boudrác erließ durch die Spolitér Schlichtung im Gesicht. Schließlich mußte die Polizei abgeholt werden, die die Čermáková abführte.

Der Film

Wie Du mich willst
Die G a r b o paradiert in einem verfilmten Pirandello-Stück, das ein mit Psychologie überreicher Meier ist, wie alle Stücke des Italieners. An der Verfilmung ist die Psychologie entschieden zu kurz gekommen, und die Geschichte der halbverkommenen Frau, die sich fast wider Willen für die seit zehn Jahren verheiratete Gattin eines Grafen aus gibt und ihm liebend und verzinkt die Verlorene so vollkommen ersetzt, daß sie über die plötzliche Gefühlsheftigkeit die als geisteskrankes Braut auftritt (aber vielleicht auch nicht die echte ist), — die Geschichte dieser Frau erscheint im Film nicht genügend motiviert. Die Spannungen zwischen Zweifel und Liebe, Mißtrauen und Selbstaufopferung kom-

men nicht genügend zum Vorschein, und das verführerische Ende kommt, wenn die Probleme noch keineswegs gelöst sind, wie aus der Pistole geschossen. Der Regisseur B i g m a u r i c e hat die Verdrehungen mehr angedeutet als durchgeführt, er hat auch der äußeren Ausstattung kaum mehr als die allergeringste Aufmerksamkeit gewidmet und sich im wesentlichen auf die Schauspielkunst Greta Garbo verlassen.

Sie meistert die schwierige Rolle hingebend und beherzigtvoll. Zuweilen föhrt ein Zweifel an Getragenheit, zuweilen bemerkt man die völlige Auflösung in die dargestellte Gestalt, aber bewundernswert bleibt, wie sie bei aller Bewahrung ihrer feierlichen Eigenart die Gebrochenheit am Beginn und die Glückseligkeit am Ende, den Kampf, den Verzicht und den Gewinn bezaubernd darstellt. Wie so oft, steht sie einsam inmitten einer kaum durchsichtlichen Schauspielerei, in der nur Erich v. Stroheim in der Rolle eines Scheufäls (als dessen Beruf Bianello die Schriftstellerei angab) auffällt. — eis—

Infognito. Dieser nach großer Vorreife im Leben gefasste Ufa-Film ist mit allen Mitteln der Verbannungstechnik gedreht. Ein junger Millionär hält das Leben, das nur aus Fremdbinnen und Repräsentation besteht, nicht mehr aus und wird, wie ein Millionär schon sind, unerkannt Verkäufer in einem der Läden eines Konsums, verliebt sich in ein bescheidenes, kleines Mädchen und lehrte, nachdem er verkauft und borgen gelernt, einen betrügerischen Filialleiter entlarvt und seinen Kollegen in der Pistole zu Avancements verhöfen hat, wieder zu seinem schweren Millionärsberuf zurück. So nebenbei macht ein Arbeitsloser sein Glück, bekanntlich auch ein häufiger Fall. Man trifft eben einen Millionär auf der Straße und die Sache ist gemacht. In dieser Dike geht es zwei Stunden lang. Auch bei bescheidenen Ansprüchen — und man ist dem deutschen Film gegenüber allmählich bescheiden geworden — ist dieses Maßwerk, dessen „Dee“ übrigens bis zum Ueberdruß abgedroschen ist, kaum erträglich. Unter der Regie Schneider-Ebdens werden die gekauften Geschmackslosigkeiten mit wahrhaft überausender Selbstverlebenslichkeit vorgebracht. Gustav Kröhlich lächelt sich durch den Film. Hansi Knotek ist wohl ein recht beachtenswertes Sternlein auf dem Filmbühnen. Sonst sieht man bekannte Ufa-Gesichter, darunter den jungen Hans Richter, dessen Leuchtbildigkeit einem immerhin ein Rädeln abringt. Wenn dieser Film, wie es in den Voraussetzungen der „Ufa“ hieß, ein „Spitzenfilm“ ist, dann kann man sich ja auf allerhand gefast machen.

Kunst und Wissen

Wochenspielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Sonntag halb 7 Uhr: Faust I. und II. D 2. — Montag 7: Die Balläre, Pressevorstellung, Gastspiel Kirsten Flagstad, C 1. — Dienstag halb 7: L u m p a c i B a g a d u n, u. s. Verbeobachtung für Schulen. Abonnement aufgehoben. — Mittwoch halb 8: Rigoletto. D 2. — Donnerstag halb 8: Faust I. und II. C 1. — Freitag halb 8: Der Kratam Scheidewege, D 2.

Wochenspielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag 8: Liebe mit 100 PS. — Montag 8 Uhr: Mein Sohn, der Minister, Kaufbeamt I und freier Verkauf. — Dienstag 8 Uhr: Wenn ich auf der Eisscholle, volkstümliche Vorstellung. — Mittwoch 8 Uhr: Unentschiedene Stunde, volkstümliche Vorstellung. — Donnerstag 8: S a l a b u r g a u s v e r k a u f t, volkstümliche Vorstellung. — Freitag 8 Uhr: Liebe mit 100 PS, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8 Uhr: Mein Sohn, der Minister.

Vereinsnachrichten

Allgemeiner Angestellten-Verband Neichenberg, Gruppe Prag, Telefon 51.851 nachm. (Größe Prag II, Bügnerova nám. 4). Amststunden jeden

Bezirksorganisation Prag

Im Rahmen des heutigen Bildungsprogrammes veranstalten wir am Freitag, den 18. September, um 8 Uhr abends im großen Saale des Handwerker-Vereines Prag II, Smetka 22, eine

Parteiliederversammlung

Thema: „Die spanischen Genossen im Kampfe um den Sozialismus.“
Referent: Genosse Tejsch, Auffs.
Die Bezirksvertretung.

Mittwoch von 8 bis 8 Uhr abends im Vereinsheim Prag II, Smetka 22, Handwerkerheim, 8. Stod. — Jung-Angestellte Sektion: Am Sonntag Treffen nachm. halb 8 Uhr vor dem Winterstadion (Insel beim Deniskahnhof). Aktion und geistliche Teilnahme am Reichstheil-Wettlauf des Aus. — Mittwoch um 7 Uhr abends Gruppenabend im Vereinsheim Smetka. — Ortsgruppenprogramm: Red- und Sprachkurse, Exkursionen Theatergemeinschaft, Tanztour. Anmeldungen beim Vorstand. — Am 27. u. 28. September unternimmt die Wandergruppe des Vereines eine größere Tour ins Dobruška-Gebiet. Anmeldung notwendig. — Lese der Arbeiter-Vürsorge bei uns zu haben. — Deutsche Bürodiener, Gasthausangestellte, Lehrlinge, Handelskassierer, Handelsakademiker, Kanglepersonal kommt zu uns.

Volkshingemeinde Prag, Dienstag, den 18. September, um 8 Uhr abends wichtige Ausschusssitzung im neuen Parteibüro, Smetka Nr. 22 (Handwerkerverein). Prarbenbeginn: Dienstag, den 28. September d. J.

Sport-Spiel-Körperpflege

Der Teplischer FK hat seine ganze erste Profimannschaft mit 50 Kč bestraft. Zur Begründung führt der Vereinsvorstand an, daß die Mannschaft im Spiel gegen den Prager DFC nicht mit „vollem Einsatz“ gekämpft habe. Bekanntlich gewann der FK trotz dem das Match. . .

WAC Wien — aufgelist. Die Fußballsektion des WAC Wien wurde von der Vereinsleitung aufgelöst. Der Abstieg in die zweite Profiklasse hat dazu geführt, daß die Schuldenbedeckung nicht mehr vorhanden war. Der Verein schuldete dem Verband 6000 Schilling und außerdem rund 40.000 Schilling an die Krankenkasse, Steuern usw. Fans der Fußballsektion konnten sich über die Auflösung nicht hinwegsetzen und wollen sie jetzt unter dem Namen „Wiener Amateur-Club Schwarz-Rot“ weiterführen. Das Ganze bildet eine bezeichnende Illustration zur Situation des „vaterländischen“ Sports in Oesterreich.

Fifa-Werben um Sowjetrußland. Wie jetzt bekannt wird, hat der Vorliegende der FIFA, Professor Pellikan, bei dem feinerzeitigen Gastspiel der Moskauer Fußballmannschaft „Dynamo“ im Auftrag der FIFA Verhandlungen betreffs des Beitrittes der Russen zu dieser bürgerlichen Fußballsportinternationale geführt. Die Russen haben den Eintritt in die Fifa abgelehnt, und zwar deshalb, weil die Fifa bekanntgegeben hat, daß sie ansonsten in Zukunft keinen Spielverkehr mit ihren Verbänden und Vereinen erlauben werde.

Mitteilungen der »Urania«

„Unvergessliche Filme“: „Galio, Paris — hier spricht Berlin“. Montag viertel 9 Uhr.

Urania-Rino

Große Laune bei „Breiter, die die Welt bedeuten“ mit S a f a l l, Wallburg Orlov, Tierdreifurten, kein Aufschlag, D e u t e 4, 9, viertel 9, Sonntag halb 8, viertel 9 Uhr.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

Urania-Rino, Breiter, die die Welt bedeuten — Abria: Moie Marie, A. — Ufa: Auat an die Abria — Abion: Die Meiterpatrouille, Tsch. — Nach Nr. Ränger. — Veranlet: W o d e r n e R e i t, A. — Ch. Chaplin — Anrix: Doktor der russischen Revolution, Russ. — Anora: Das Lied der Liebe, D. — Gannont: Die Wirtin des Gouberneurs, A. — Galska: Wie du mich willst, A. — Greta Garbo. — Inild: Infognito, D. — Kinema: Journale, Grotosken, Neptorigen. — Koruna: Aktualitäten, Journale, Grotosken. — Lucerna: Die Meiterpatrouille, Tsch. — Metro: Die Meiterpatrouille, Tsch. — Pallane: Drei Wäberin um Schubert, D. — Praha: Der Schrecken der Landstraße, A. — Radio: Der Wildfang, Tsch. — Stadt: W o d e r n e R e i t, A. — Ch. Chaplin. — Seltager: Wie du mich willst, A. — Greta Garbo. — Alina: Baboona, A. — Salfal: Der Wildfang, Tsch. — Belvedere: Der Wildfang, Tsch. — Bededa: Die Entführung an der Riviera, D. — Carlton: W o d e r n e R e i t, A. — Ch. Chaplin. — Illusion: Der Wildfang, Tsch. — Kapitl: Stenbe Polarchelen, Russ. — Konvikt: W o d e r n e R e i t, A. — Libo II.: Der Wildfang, Tsch. — Louvre: Das Lied der Liebe, D. — Wacodka: W o d e r n e R e i t, A. — Olympia: Liebeskommando, D. G. Kröhlich, Dolly Gaas. — Regy: Das Lied der Liebe, D. — U Veljova: Variete, D. — Albers, Annabella. — Valdel: Der Wildfang, Tsch. — Veltrch: W o d e r n e R e i t, A.

Hinter den Kulissen des Films

Aus dem Tagebuch eines Regisseurs
III. Der Onkel aus Amerika

Anfang 1923 kurzjerten in der Berliner Filmbranche seltsame Gerüchte. Einer der reichsten und vielseitigsten Filmproduzenten Amerikas sollte nach Berlin gekommen sein, sich in strengem Infognito hier aufhalten und die Absicht haben, einen Großfilm zu drehen. An sich war dies nicht unwahrscheinlich, da natürlich eine ganze Menge ausländischer Produzenten auf diese oder ähnliche Art von den finanziellen Möglichkeiten der deutschen Jnsation zu profitieren suchten. Der Name des großen Mannes war zwar vollkommen unbekannt — er hieß Bernard Kosloff — aber das sagte nichts; Filmgötter wurden damals schnell gestürzt und ebenso schnell geboren.
Allmählich nahmen die Gerüchte bestimmte Formen an. Die Nachrichten deuteten geheimnisvoll an, der „amerikanische Multimillionär“, Filmmagnat und Amateur-Regisseur“ Bernard Kosloff sei in Berlin eingetroffen, um hier einen historischen Schweden-Großfilm zu drehen. Dann trat Kosloff selbst auf den Plan und kündigte in riesigen Anzeigen an, die Hauptrolle seines Großfilms werde „Alle La Milo, die ehemalige Partnerin Sarah Bernards“ spielen.
Ich gehörte damals — nach kurzer Regie-tätigkeit bei der Melitta-Film G. m. b. H., Tafsia-Film G. m. b. H. und Wallow-Film-A. G.

— der von Lona Ruth und Ingo Dreff gegründeten Panta-Film G. m. b. H., an, die sich speziell mit der Blacierung erfolgversprechender deutscher Filme in Holland, Polen und Amerika befahie. Das Sujet des Herrn Kosloff erschien mir interessant. Also auf in der Döfauer Straße zur Parfilmia-Film-A.-G. Meine Enttäuschung war groß. Ich fand einen kleinen, rundlichen Mann, der mir in gönnerhaftem Ton zwei Stunden lang laienhafte Federörterungen und noch phantastischere Kalkulationen vorleszte. Mit vieler Mühe kam ich schließlich los und verabschiedete mich mit dem Versprechen, mir die Sache durch den Kopf gehen zu lassen. Der Schwindel lag offenkundig auf der Hand.
Anderntags erschien in einem vielgelesenen Filmfachblatt folgende satirische Notiz, an deren Entstehung ich nicht ganz unbeteiligt war: „Bernard Kosloff dreht einen historischen Schweden-Film mit Alle La Milo, der ehemaligen Partnerin Sarah Bernards. Bernard Kosloff ist etwa 45 Jahre alt, Sarah Bernards ist vor einigen Jahren gestorben. Alle Milo, die auch unter dem Pseudonym „Genus von Milo“ bekannt war, hat vor etwa 2500 Jahren das gleiche getan. Die Parfilmia-Film-A.-G. des Herrn Kosloffs wird ihrem Beispiel in Kürze folgen. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, ob in ihrem schwedischen Film auch Gardinen gezeigt werden.“
Am nächsten Tag berichtete das „12 Uhr-Mittagsblatt“, Bernard Kosloff sei unter dem Verdacht des Betruges verhaftet worden. Als ich jedoch am Abend mit Erich Wallow, Ingo Dreff und einigen anderen Kollegen im „Filmed“ sah,

trat — Kosloff ein. Man hatte ihn infolge Mangels an Beweisen wieder freigelassen. Er begrüßte uns lächelnd und teilte mir im Vorbeigehen mit, daß er die Absicht habe, mich wegen Geschäftsschädigung zu verklagen.
Er kam nicht dazu. Zwei Tage später sah er erneut in Haft, und diesmal kam er nicht wieder heraus. Der Fahndungsdienst des Berliner Polizeipräsidiums hatte in der Pruffenzzeit saubere Arbeit geleistet. Bernard Kosloff hieß wirklich so, aber er war nie in Amerika gewesen, hatte nie etwas mit der Filmbranche zu tun gehabt und war auch nie im glücklichen Besitz von Dollar-millionen gewesen. Wichtig war nur, daß er nach Berlin gekommen war, um dort „etwas zu drehen“, nachdem ihm die Richter in seiner Heimatstadt Lodz vorher wegen Kreditbetrugs und betrügerischen Konkurses ein mehrjähriges staatliches Freiquartier beschafft hatten.
Die Aussagen mehrerer Geschädigter, daß sie auf die pompösen Ankündigungen der Presse hin größere Summen in dem „schwedischem Filmprojekt“ investiert hätten, brachten dem „amerikanischen Multimillionär“ den Hals. Immerhin kam er mit einem Jahr Gefängnis noch ziemlich milde davon. Wesentlichen Nutzen brachte seine Verteilung auch nicht; die Dummen wurden dadurch nicht klüger, und diejenigen, die bei der „sicheren Kapitalanlage“ der Parfilmia-Film-A.-G. zu spät gekommen waren, fielen drei Jahre darauf mit noch größerer Sicherheit auf den noch viel bombastischer aufgemachten Schwindel des „Regisseur-Kosloff“ Dr. Erich Schönemann alias „Erich Zamorra“ herein.

Veranschaulichungen: Bei Auslieferung ins Haus oder bei Bezug durch dt. Post monatlich K 10.— vierteljährig K 4.— halbjährig K 9.— ganzjährig K 19.—. Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Mitteilung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken. — Die Beitragsanfertigung wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 18.900/V11/1930 bemilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Betriebs-A.-G., Prag.